Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

285 (5.12.1918)

Visual Library

No. 285. Karlsruhe, Donnerstag den 5. Dezember 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.20 M, ¼jährl. 3.60 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M; durch die Post 1.34 M bezw. 4.02 M; durch die Feldpost 1,35 M bezw. 4.05 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme ½9 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Zum Entwurf einer neuen badischen Verfassung.

(Von Stadtrat Dr. Dietz-Karlsruhe.)

I.

* Karlsruhe, 5. Dez.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu der neuen Badischen Verfassung ist gegeben durch das Erfurter Programm, welches bekanntlich in seinem 2. Abschnitt diejenigen Bestimmungen enthält, welche auf dem Boden der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse für das Verfassungsleben maßgebend zu sein haben. Darnach ist

1) die Staatsform des badischen Volkes und Landes für die Zukunft die Republik — der demokratische Freistaat —, im Boden, auf welchem sich bekanntlich jetzt alle badischen Parteien in der Hauptsache zusammengefunden haben. Ob das Wort „Republik" oder „demokratischer Freistaat" gewählt wird, ist gleichgültig. Jedoch dürfte kein Grund bestehen, die, im Gegensatz zur „Monarchie", allgemein übliche und bekannte Bezeichnung „Republik" zu vermeiden.

Daß die badische Republik einen Bestandteil des deutschen Volksstaates bilden soll und daß dies verfassungsmäßig festgelegt wird, ist selbstverständlich.

2) Quelle und Träger der Staatsgewalt in der Republik ist das badische Volk. Die Ausübung der Staatsgewalt hat nach Maßgabe der Bestimmungen der Verfassung zu erfolgen durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Staatsangehörigen.

3) Stimmberechtigt sind nach I Abs. 1 des E. P. alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes, welche das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Für alle Wahlen und Abstimmungen, bei welchen sie ihr Stimmrecht auszuüben haben, ist zu gelten das allgemeine, gleiche, direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe.

Ein Ruhen der Befugnis zur Ausübung des Stimm- und Wahlrechts hat, außer dem Falle der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte durch rechtskräftiges strafgerichtliches Urteil, nach dem E.P. 1 Ziff. 6, lediglich im Falle der Entmündigung oder vorläufigen Vormundschaft Platz zu greifen.

Diese Grundsätze sind auch durch das badische Wahlgesetz der konstituierenden Versammlung § 3 und durch das Reichswahlgesetz für die Nationalversammlung § 1 und 2 anerkannt.

Alle Wahlberechtigten sind nach dem E. P. auch wählbar. Dieser Grundsatz ist anerkannt durch das Reichswahlgesetz § 5 unter der Bedingung, daß der Wahlberechtigte am Wahltag seit mindestens 1 Jahr Deutscher ist. Eine entsprechende Anwendung dieses Grundsatzes auf die Wählbarkeit in Baden erscheint nicht angebracht, da als Wähler, welche noch nicht 1 Jahr lang die badische Staatsangehörigkeit besitzen, in der Hauptsache nur andere deutsche Staatsangehörige in Betracht kommen, welche zumeist schon seit vielen Jahren in Baden ansässig sind und mit den badischen Verhältnissen vertraut sind, daß kein Grund besteht, ihnen durch Einfügung eines Grenzjahres die Wählbarkeit zu entziehen, falls eine Partei der Volksgruppe es für angemessen erachten sollte, eine solche Persönlichkeit als Kandidat aufzustellen. Der Fall wird an sich höchst selten praktisch werden.

Das badische Wahlgesetz hat in § 3 weiterhin die Wählbarkeit an die Vollendung des 25. Lebensjahres geknüpft. Diese Beschränkung widerspricht dem E. P., und sie ist auch nicht gerechtfertigt. Es wird sehr selten vorkommen, daß eine Persönlichkeit zwischen 20 und 25 Jahren sich durch ihre Fähigkeiten und Leistungen im öffentlichen Leben schon ein derartiges Ansehen und Vertrauen erworben hat, daß irgend eine Partei ihr das Amt eines Abgeordneten übertragen will. Wenn sich aber solche Persönlichkeiten finden und vom Vertrauen ihrer Mitbürger berufen werden sollten, dann wäre es ein bedauerlicher Fehler, gerade sie von der Wählbarkeit auszuschließen. Dazu kommt daß es auch als ein unhaltbarer Zustand erscheinen müßte, wenn solche Persönlichkeiten zwar in die Nationalversammlung und in den Reichstag, aber nicht in die badische Volksvertretung gewählt werden könnten.

Alle Wahlen und Abstimmungen haben nach E. P. I Abs. 4 an einem gesetzlichen Ruhetag zu erfolgen. Dieser Bestimmung trägt sowohl das badische Wahlgesetz in § 1, als das Reichswahlgesetz in § 24 Rechnung. Die allgemeine Aufrechterhaltung dieser Bestimmung durch die Verfassung, wie in anderen deutschen und auswärtigen Staaten empfiehlt sich. Ebenso wird es sich empfehlen, das Staatsministerium zu ermächtigen, unter Umständen für diesen Zweck einen andern Tag als den Sonntag, zum gesetzlichen Ruhetag zu erklären.

4) Daß die Staatsgrenzen nur im Wege der Gesetzgebung geändert werden können, wird zweckmäßig ebenfalls durch die Verfassung festgelegt, um jeden Zweifel in dieser Richtung auszuschließen.

5) Das E. P. verlangt weiter in II die „direkte Gesetzgebung durch das Volk". Die Wege hierfür sind das Volks-Vorschlagsrecht (die Volks-Initiative) und die Volksabstimmung (das Volks-Referendum) neben der Mitwirkung einer vom Volk gewählten Volksvertretung bei der Ausübung der Gesetzgebungsgewalt. Beide Wege müssen daher durch die Verfassung zugelassen werden. Insbesondere hat sich das Volksreferendum über einzelne Fälle praktischer erwiesen, als die Notwendigkeit, wegen einer einzelnen Streitfrage über ein Gesetz jeweils immer Neuwahlen für die ganze Volksvertretung herbeizuführen. Die Einzelbestimmungen bedürfen besonderer Regelung.

Darüber, welcher Anzahl von stimmberechtigten Staatsangehörigen das Recht der Volksinitiative und das Verlangen des Volksreferendums zuzubilligen sind, gehen die Meinungen auseinander. Es kommt im Wesentlichen auf die Verhältnisse des betr. Einzelstaates an. Nach § 18 der Verfssung von Solothurn können z. B. schon 2 000 Stimmberechtigte den Anspruch geltend machen. Nach Art. 29 der Züricher-Verfassung 5 000, nach Art. 9 der Berner-Verfassung 12 000. Für ein Land wie Baden mit 2 142 000 Einwohnern nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 (vergl. Anlage zu § 6 des Reichswahlgesetzes), in welchem bei den letzten Reichstags- und Landtagswahlen in den Jahren 1912 und 1913 rund 414 000, bezw. 331 000 giltige Stimmen abgegeben worden sind, empfiehlt sich die Festsetzung auf wenigstens $^1/_{15}$ der bei der letzten Wahl abgegebenen Stimmen. Es würden also, wenn infolge der Ausdehnung des Wahlrechtes 450 000 Stimmen abgegeben würden, 30 000 Stimmberechtigte das Recht der Initiative und des Referendums haben, bei 600 000 abgegebenen Stimmen 40 000. Die Festsetzung dieser verhältnismäßig hohen Zahl für ein ganzes Land wie Baden erscheint geboten, um zu verhüten, daß allzu kleine Minderheiten den ganzen Apparat in Bewegung setzen können. Jedoch ist Vorsorge dafür zu treffen, daß auch eine geringere Zahl von Staatsangehörigen das Recht ausüben kann dann, wenn wenigstens $^1/_3$ der Volksvertretung dem Verlangen beitritt, um auf diese Weise gegenüber einer widerstrebenden Mehrheit den wirklichen Volkswillen feststellen zu können.

Welchen Namen die gewählte Volksvertretung führen soll (Kammer, Abgeordnetenhaus, Landtag), erscheint nebensächlich. Da der Badische Landtag seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in ganz Deutschland und darüber hinaus sich einen sehr guten Namen gemacht hat, und unter diesem Namen allgemein bekannt ist, dürfte zu erwägen sein, der künftigen Volksvertretung wieder den Namen „Badischer Landtag" beizulegen.

Schlußprotokoll des Finanzausschusses der Waffenstillstandskommission.

Die Sicherungen.

Spaa, 2. Dez. Der Vertreter der Transozean-Nachrichten-Gesellschaft meldet: Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete am 1. Dezember das Schlußprotokoll, in dem u. a. folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind:

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, den fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgend einer Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame Unterpfand der Alliierten zur Deckung der Kriegsschäden bildet, auf die sie Anspruch haben. Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Wasserwerke, Forsten sowie Unternehmungen kolonialwirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art, welche ihr gehören oder an denen sie noch beteiligt ist, weder zu verkaufen, noch zu liquidieren, noch zu verpfänden.

Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes und ohne den Bestimmungen vorzugreifen, welche für die Zukunft getroffen werden, kein Gold ausführen zu lassen oder eine Goldausfuhr vorzunehmen. Sollte sie sich unbedingt gezwungen sehen, für die normalen Bedürfnisse des Geschäftslebens von den Bestimmungen dieser Bedingung abzuweichen, so muß sie hiervon die alliierten Regierungen vorher in Kenntnis setzen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse des Wirtschaftslebens aus den Beständen an Auslandswechseln, welche dem Reichsschatzamt oder der Reichsbank gehören oder sich in deren Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitz befinden, keinerlei Uebertragung in das Ausland, weder direkt, noch durch Mittelspersonen, vorzunehmen. Dieselbe Verpflichtung wird eingegangen für die ausländischen Effekten, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören oder ihr als Unterlagen für Lombardvorschüsse dienen. Jede Handlung, die dieser Verordnung widerspricht, wird von den Regierungen der Alliierten als ungünstig angesehen und die deutsche Regierung wird alle möglicherweise daraus zu ziehenden Folgen zu tragen haben.

In Bezug auf die Rückerstattung der nach Deutschland übergeführten Beträge aus den Gebieten der Alliierten, welche im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen sind, wird vereinbart, daß die Rückzahlung der aus Belgien und Nordfrankreich kommenden Geldsummen in derselben Währung geschieht, in der sie seinerzeit weggeführt wurden. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist, soll die Rückerstattung in Mark erfolgen, und zwar zum provisorischen Kurse von 1,25 Fr. für die Mark, edoch behalten die alliierten Regierungen sich das absolute Recht vor, später den Austausch der Markbeträge gegen französische oder belgische Franken zu den gleichen oder gegen Lieferung von Goldwährungswerten auf der Basis von 1,25 Fr. für die Mark zu fordern.

Wilsons Reise nach Europa.

WTB. Amsterdam, 4. Dez. Reuter meldet aus Neuyork, daß Präsident Wilson heute Mittwoch früh nach Europa abreist.

WTB. Amsterdam, 4. Dez. Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge schreiben die „Times" daß wegen der übermäßigen Belastung der Telegraphenlinien beabsichtigt sei, für die Friedenskonferenz einen regelmäßigen Flugdienst einzurichten, dessen sich auch die Presse für ihre Telegramme bedienen könne.

Gardekorps und Reichsregierung.

WTB. Berlin, 4. Dez. Die vorgestrigen bedauerlichen Vorgänge beim Einmarsch der Gardefunker unter Vorantritt von sechs Offizieren und unter gegenrevolutionären Kundgebungen veranlaßten die Delegierten von 20 Berliner Regimentern, in einem zu diesem Zwecke veranstalteten Zusammensein, nachdrücklich gegen ähnliche Absichten, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Stellung zu nehmen. Sie faßten, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Einflüssen, die das Wirken der Regierung im Sinne der sozialistischen Revolution beeinträchtigen könnten, entgegenzuwirken, folgenden Beschluß: 1. Die versammelten Vertreter der Regimenter des Gardekorps wählen unter Hinzuziehung der hier nicht anwesenden Truppenteile am morgigen Tage einen siebengliedrigen Großberliner Aktionsausschuß als oberste Instanz zur Wahrung aller das Gardekorps betreffenden Angelegenheiten. 2. Die hier anwesenden Vertreter von Regimentern des Gardekorps wählen einen Dreier-Ausschuß mit dem Auftrage, der vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten Regierung Ebert-Haase ihr Vertrauen und die Versicherung auszusprechen, daß namentlich die genannten Regimenter der Regierung Ebert-Haase zur Verfügung stehen, um die Errungenschaften der sozialistischen Revolution und ihren sachgemäßen Ausbau gegen schädigende Einflüsse, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, mit allen im Augenblick erforderlichen Mitteln zu schützen.

Konferenz der süddeutschen Finanzminister.

Stuttgart, 4. Dez. Die Beratungen der Vertreter der Finanzministerien von Bayern, Baden, Hessen, Sachsen und Württemberg, die am Montag und Dienstag im Finanzministerium in Stuttgart stattfanden, nahmen einen befriedigenden Verlauf. Die Zusammenkunft sollte hauptsächlich einer gegenseitigen Aussprache der Finanzminister über verschiedene schwebende Fragen dienen. Der Zweck war nicht eine Stellungnahme gegen das Reich oder gegen Preußen, es sollten nur angesichts der geringen Fühlungnahme dieser Ministerien mit Berlin, die Besprechungen sämtlicher Finanzminister mit der Reichshauptstadt vorbereitet und gefördert werden.

40 Millionen Wahlberechtigte.

Die deutsche Nationalversammlung.

Amtlich wird weiter mitgeteilt: Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. November 1918 ausgedehnt worden a) auf die Frauen, b) auf die 20- bis 25jährigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen Wahlberechtigte waren und von diesen sich 12,3 Millionen = 85 Prozent an den Wahlen beteiligt haben, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Diese Summen ergeben sich auf Grund der folgenden Berechnung: Nach der amtlichen Statistik sind am 1. Januar 1911 aus den Jahrgängen 1898 der als erster Geburtsjahrgang für die Wahlberechtigung in Frage kommt, und früher vorhanden gewesen:

männliche Personen . . .	22 965 829
weibliche Personen	23 904 261
zusammen	46 870 090

Davon sind in den Jahren 1911—18 abzusetzen die Sterbefälle. Sie betrugen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 4,8 Millionen. Abzusetzen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Kriege Gefallener und Vermißter. Im ganzen sind demnach durch Tod usw. 6,6 Millionen (4,2 Millionen Männer, 2,4 Millionen Frauen) von der Summe der Wahlberechtigten abzusetzen.

Außerdem haben abzugehen die Ausländer mit etwa 1¼ Million. Hinzu dagegen kommen die uns während des Krieges zugeströmten Auslandsdeutschen, die in Konkurs befindlichen und die Armenunterstützung beziehenden Personen. Alles in allem ergibt sich an Wahlberechtigten am 31. Dezember 1918 die Summe zwischen 39 und 40 Millionen Personen, etwa 18 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Zweifelhaft erscheint es, ob unsere Kriegsgefangenen (zirka 500 000) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Politischer Umsturz — wirtschaftlicher Umbau.

In wenigen Stunden hat die deutsche Revolution jahrhundertalte Dynastien gestürzt. In wenigen Tagen ist die neue Staatsform geschaffen. Ist sie auch noch nicht vollständig konsolidiert, so doch, zum Teil unter Verwendung des alten Verwaltungsapparates, so ausgestaltet, daß sie ihre nächstliegenden Aufgaben zu erfüllen vermag. Während sich politisch in denkbar kürzester Zeit ein völliger Umsturz vollzogen hat, ist an dem Fundament des Wirtschaftslebens nichts geändert. Aenderungen des Arbeiterrechts, Verbesserung der Arbeitsbedingungen traten zwar unvermittelt nach dem Siege der Revolution für die Arbeiterschaft der Großindustrie ein. Sie bedingten jedoch keine Umgestaltung des Produktionsprozesses.

Dieser Verlauf der Dinge entspricht durchaus den Lehren von Karl Marx; dieser Verlauf ist von allen sozialistischen Theoretikern bis zum letzten Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung, der sich ernsthaft mit sozialen Problemen beschäftigt hat, vorausgesagt worden. Die Ueberführung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische kann nach unserer eigenen sozialistischen Lehre nicht das Werk einer augenblicklichen Erhebung sein, sondern sie bedarf, nachdem durch Aenderung der Staatsform und Beseitigung hindernder Rechtsnormen der Weg für die Sozialisierung freigemacht ist, der sorgfältigsten Vorbereitungen. Das Wirtschaftsleben muß aufrechterhalten bleiben, wenn nicht die Arbeiterklasse mit der erkämpften Freiheit der Not und dem Hunger preisgegeben werden soll.

Das wird auch von den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten vertreten, gleichviel, ob sie sich zur Sozialdemokratischen oder zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bekennen. Sie sehen mit vollem Recht in den zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften am 15. November 1918 abgeschlossenen Vereinbarungen ein Mittel zur ungestörten Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens. Diese Vereinbarungen wurden von dem Rat nicht nur durch Unterzeichnung anerkannt und amtlich veröffentlicht, sondern ihre Befolgung ist den Reichsbehörden zur Pflicht gemacht und den Staats- und Gemeindebehörden zur Nachahmung empfohlen. Sie werden somit bis zur folgenden gesetzlichen Regelung die Grundlage für die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse bilden.

Die Vereinbarungen sind in der Tat ein Ereignis, wie es sich noch in keinem Lande der Welt vollzogen hat. Es herbeizuführen, mußten die Voraussetzungen gegeben sein, wie sie in Deutschland vorlagen. Starke Arbeiterorganisationen und starke Gewerkschaften, die sich leidenschaftlich mit allen Mitteln bekämpften, um schließlich auf dem Wege der Verständigung zur gemeinsamen Regelung der Arbeitsbedingungen zu kommen. Die Vereinbarungen sind zwar nicht durch die Revolution herbeigeführt, wohl aber durch sie in ihren zugunsten der Arbeitnehmerschaft getroffenen Bestimmungen wesentlich beeinflußt und im Abschluß beschleunigt. Die Ursache der Verhandlungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften war der Zusammenbruch der militärischen Gewalt in Deutschland. Mit ihr brachen auch alle seit 1916 ausgearbeiteten Demobilmachungspläne zusammen. Bei diesen war vorgesehen, daß die Demobilisierung sich auf längere Dauer erstrecken würde. Nunmehr aber mußte sich in Tagen vollziehen, was für Monate gedacht war. Energische Maßnahmen waren notwendig, um die Arbeiterschaft vor der verzweifeltsten Lage zu bewahren. Um diese Maßnahmen herbeizuführen, fanden sich Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter zu gemeinsamer Beratung zusammen. Bereits am 1. November 1918 wurde der Konferenz der Vorstandsvertreter der Gewerkschaften bis dahin vereinbarte Demobilisationsplan vorgelegt. Die in ihm aufgestellten Forderungen für die Organisation der Demobilmachungsbehörde wurden durch Verhandlungen mit der alten Reichsregierung durchgesetzt. Die Behörde ist geschaffen. In ihr wirken Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in allen entscheidenden Fragen mit.

Die Gewerkschaften begnügten sich jedoch nicht mit den für die Demobilisation zu treffenden Maßnahmen. Sie forderten als Voraussetzung für das gemeinsame Vorgehen mit den Unternehmern in der Arbeit für die Demobilmachung eine paritätische Regelung des Arbeitsverhältnisses. Es mag den Unternehmern, den bisherigen unbeschränkten Herrschern in der deutschen und zum Teil in der ausländischen Industrie nicht leicht geworden sein, die Gewerkschaften, die ihnen als ein störender Körper im Wirtschaftsleben galten, als die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Die Revolution jedoch hatte alle Hindernisse überwunden, sodaß bei Wiederaufnahme der Verhandlungen Zugeständnisse gemacht wurden, die man wenige Tage vorher mit aller Entschiedenheit verweigert hätte. So kam eine Vereinbarung zustande, die für alle wichtigen Industrie- und Erwerbszweige in ganz Deutschland eine die Arbeiterrechte sichernde Regelung der Arbeitsverhältnisse unmittelbar herbeiführt.

Die Gewerkschaften werden als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt; den Arbeitern wird volle Koalitionsfreiheit gewährt, alle die kleinen Mittel, die trotz gesetzlicher Bestimmungen bisher zu deren Behinderung angewandt wurden, fallen fort; die gelben Werkvereine werden ausgeschaltet; den vom Heeresdienst Zurückkehrenden wird die Arbeitsstelle gesichert, die sie vor dem Kriege innehatten; der Arbeitsnachweis wird gemeinsam geregelt und paritätisch verwaltet; die Arbeitsbedingungen werden durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsorganisationen für die einzelnen Gewerbe- und Industriezweige festgesetzt; Arbeiterausschüsse, Schlichtungsstellen und Einigungsämter werden gebildet; das Höchstmaß der regelmäßigen Arbeitszeit ist vom 15. November 1918 an acht Stunden pro Tag; ein Zentralausschuß, aus einer gleichen Anzahl von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehend, ist eingesetzt, um die Durchführung der Vereinbarungen zu überwachen und Streitigkeiten zu schlichten. Da alle großen Arbeitgeberverbände die Vereinbarungen unterzeichnet haben, weitere bereits ihren Beitritt meldeten und noch fehlende durch die Arbeiterorganisationen eventuell mit den gewerkschaftlichen Zwangsmitteln herangezogen werden, so ist die Durchführung des Vereinbarten gesichert. Ueberdies wird in den nächsten Tagen eine Verordnung des Staatssekretärs für Demobilmachung erlassen werden, die den Achtstundentag für den Teil der Arbeiterschaft bringt, der nicht von den Vereinbarungen erfaßt wird. Macht die Arbeitslosigkeit der aus dem Heere Entlassenen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig, so wird diese nach Verständigung mit den in Frage kommenden Gewerkschaften erfolgen. Eine Schmälerung des Einkommens der Arbeiter soll hierbei nicht eintreten. Die Differenz zwischen dem durch Arbeit erzielten und dem zur Fristung des Lebens erforderlichen Einkommen muß und wird, sofern die Unternehmer sie nicht ausgleichen, aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

Mit all diesen Maßnahmen wird die Sozialisierung der Betriebe zwar nicht erreicht, jedoch nicht unwesentlich vorbereitet. Vor allem bewahren sie uns jedoch vor einer Gefahr, die verhängnisvoll für die Sicherung der errungenen politischen Freiheit werden könnte. Sie schützen uns vor einer Stockung des Wirtschaftslebens. Man muß berücksichtigen, in welcher entsetzlichen Lage sich Deutschland und seine Bevölkerung nach diesem Ausgang des Krieges befindet. Auch dann, wenn die Revolution nicht im Anschluß an die vernichtenden Wirkungen des Krieges eingetreten wäre, müßte durch ungestörten Fortgang der Produktion ihr Erfolg gesichert werden, denn nichts könnte diesen mehr gefährden, als Arbeitslosigkeit und Not in der Bevölkerung. Unabsehbar aber wäre die Wirkung einer solchen Notlage unter den jammervollen Wirtschaftsverhältnissen, die über Deutschland durch den Krieg hereingebrochen sind. Dem muß vorgebeugt werden. Hierbei sichert freiwilliges Zugeständnis die Durchführung der Maßnahmen viel mehr, als die besten Veränderungen, die erst durch Zwang zur Geltung gebracht werden müssen. Deswegen sind die Vereinbarungen mit den Unternehmern gegenwärtig von nicht zu unterschätzendem Wert. Ihnen Geltung zu verschaffen, muß die Aufgabe der Arbeiter sein. Die Vereinbarungen hindern nicht die Sozialisierung der Produktion, sondern sind geeignet, diese zu beschleunigen. Der politischen Freiheit wird und muß die wirtschaftliche Freiheit folgen, die der Arbeiterklasse den vollen Anteil an den erzeugten Lebensgütern wie des Kultur- und Geisteslebens sichert.

Karl Legien.

Deutsches Reich.

Die preußische Schulreform.

Berlin, 3. Dez. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „B. T." führte Kultusminister Hänisch über die kulturellen Schulfragen, in denen er sich auf den Boden seiner programmatischen Rede vom 5. Juni stellte, u. a. etwa aus, daß von der Regierung eingehende Vorbereitungen zur Einberufung der Reichsschulkonferenz getroffen werden. Sie kann jedoch erst stattfinden, wenn geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Die Regelung des Lehrplanes wird der erste Punkt sein. Hänisch will keineswegs die humanistischen Gymnasien beseitigen. Er erkennt ihre Bedeutung an, achtet ihre grundsätzlichen Werte. Die unzähligen kleinen Gymnasien werden jedoch der neuen Schule weichen müssen. Sein Hauptaugenmerk liegt auf der staatsbürgerlichen Erziehung durch staatsbürgerlichen und politisch-geschichtlichen Unterricht. Hier wies er besonders auf seine Rede hin, in der er sagte, daß der Mittelpunkt des gesamten Unterrichts auf allen Stufen das Deutsche sein müsse, die deutsche Sprache, Literatur, Geschichte, deutsche Wirtschaft und Politik im engsten Zusammenhang miteinander. Die fortschreitende Ergänzung wird die alte Schule aber finden durch Schulsatzungen, in denen neben dem Englischen auch das Russische, das Skandinavische, die Sprachen der Balkanländer gepflegt werden, mit der Sprache aber auch der Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Politik als ein großes Ganzes. Schon den Kindern sollen die Grundbegriffe der Staatslehre eingeprägt werden, um später systematisch als Unterricht entwickelt werden zu können. Den Schülern wird Selbstverwaltung und eigenes Gerichtsverfahren gegeben. In der Regierung wird der Plan erwogen, ein Reichsschulamt zu schaffen, das allen diesen Fragen nähertreten würde und in der Folge auch einen Einheitsplan in den Grundzügen herausgeben dürfte. Im übrigen seien dies auch schon Fragen, die in der Reichsschulkonferenz erörtert würden. Auch das Verhältnis der staatlichen und städtischen Schulen werde eine Rolle spielen.

Um Weg und Graben.

Novelle nach dem Flämischen des Toussaint van Boelare.
Von Julius Zerfaß.
(Schluß.)

Janette blickte jeden Morgen von ihrer im Dunkel liegenden Haustür aus hinüber. Liebliche, innige Empfindungen regten sich in ihr, wie in einem knospenden Mädchenherzen. Jedoch jedesmal schnürte es ihr das Herz zu: sie wußte, daß an dieser gleichen Stelle Bauer Cies in seinen mit Stroh gefüllten Holzschuhen erschienen war, die Mütze seitwärts geschoben, die qualmende Pfeife im Munde, um durch seinen Anblick den Nachbarn zu höhnen. Und am eigenen Blut, das in ihren Adern zu erstarren schien, fühlte sie, daß dies eine Uebeltat war, die sich früher oder später rächen müsse. Aber ihr toter Vater unterdrückte ihren Willen . . .

Franz jedoch bauerte rückwärts. Der schöne Weg, den der Alte angelegt und stets mit besonderer Sorge unterhalten hatte, war spurlos unter einem Teppich von Gras und Unkraut verschwunden. Aber die Brücke führte noch immer ihre frühere sichere Existenz. Nichts schien verändert; kein neuer Balken, kein neuer Nagel war zu sehen. Aber auch keine morsche Planke. Brauchbar war die Brücke zu jeder Stunde.

Sobald der Abend sank, erschien jeden Tag Franz auf der Schwelle seiner schon im Dämmer liegenden Wohnung. Janettes Hof erstrahlte dann noch einsam in der Glorie der untergehenden Sonne. Die weißen Wände leuchteten und das rote Pfannendach blühte gleich einer fremden seltsamen Blume. Franz sah, wie regelmäßig die Gezeiten über Janettes Werk dahingingen und wie alles Leben unabwendbar entstand und verging im geschlossenen Kreis des Jahres. Er kannte die täglich und abschnittsweise wiederkehrende Arbeit und zusammen mit der alten Dirne verrichtete er sie ziel- und lustlos. Er sah auch, welches Werk auf Janettes Hof verrichtet werden müßte. Und dies allein machte ihm Freude. Einmal hatte er Janette anreden wollen; ohne die Augen zu erheben, war sie aber ihres Weges gegangen. Sie erinnerte sich: einmal hatte auch Bauer Jan sich auf dem gleichen Flecken friedlich gestellt und getan, als ob er sich den Schmutz abklopfen und den Schweiß abwischen müsse — um statt dessen Bauer Cies aufs Blut zu reizen. Aber geschehene Dinge wiederholen sich nicht.

Janette starb. Ihr ganzes Habe hatte sie pflichtbewußt Franz vermacht. Man sprach im Dorfe viel darüber — war doch nun unerwartet der Väter Wunsch in Erfüllung gegangen —, bald schwieg man jedoch wieder. Die Erbschaft ließ ihn gleichgültig, nun Janette tot war. Er bearbeitete beide Höfe und Ländereien; er sorgte nach seinen Kräften für beide gleich. Ganz allein wohnte er auf seinem Hof. Und nach Jahren, in dem Maße wie er sich schwächer und schwächer fühlte, begegnete ihm auf Schritt und Tritt ungetane Arbeit. Das Unkraut erhob überall sein Haupt und überwucherte Felde, Weide und Weg. Die ungepflegten Bäume in den Gärten wuchsen ins Zügellose, brachten aber dennoch Früchte, die zu ihrer Zeit reiften und dann eine nach der andern ins wilde Gras niederfielen.

Aber jeden Abend tauchte er auf der Schwelle seiner kahlen Wohnung auf. Ergeben, glücklich atmete er die bekannte Luft der Einsamkeit, die ihn überall umgab. Und er starrte nach Janettes verlassenem Anwesen drüben und gewahrte kaum mehr, wie auch es mit den Tagen verging. Selbst älter geworden, glaubte er auf dem gegenüberliegenden Hügel vor der Türe Janette zu sehen, die grüßte und von Zeit zu Zeit mit der Hand winkte. Aber er war nie versucht, hinüberzugehen: Der Weg, der nach der Brücke führte, war unsichtbar geworden und überwachsen mit Gras, Wegerich und Katzenkraut. Und die Brücke selbst — überflüssig, seit Janette tot — war zusammengeschrumpft zu einem morschen grünbemoosten Balken. Nur das Wasser des Baches plätscherte noch frisch und rauschte sein ewiges Lied.

Der Rhein! Der Rhein!

Nicht jubelnd und jauchzend begrüßen sie ihn! Aber wenn es ihre Lippen auch nicht ausrufen, wenn die unerbittliche Gegenwart sie noch zu sehr in ihrer rauhen Faust hält, wenn sie, die hart gewordenen, verlernt haben, ihren Gefühlen sichtbaren Ausdruck zu geben, aus ihren Augen bricht die Befreiung; jede Bewegung ihrer durch Kälte und Strapazen unbeholfen gewordenen Glieder drückt die Entlastung aus. Was nun auch noch jenseits des über dämmergrünen Grund kaum hörbar dahinfließenden, selbst in starrer Winterkälte schönen Stromes ihrer harren mag: sie haben die Heimat, die schützende, erreicht.

Seit Tagen ratteln Autos in allen Tonarten über das holperige Pflaster der alten Rheinstadt. Schwerfällige Lastwagen, hoch bepackt mit allem möglichen, und leichte, kleine, schnelle Tourenautos mit unkenntlich gewordener Farbe und verbogenen Schutzblechen über den abgenutzten Rädern. Ihre schrillen Signalpfeifen schwirren durch die dünne Winterluft, schaffen Platz auf den dichtgedrängten Straßen zur rasenden Durchfahrt, ohne Aufenthalt. Kleine Bauernwagen dazwischen, von mageren Pferdchen gezogen, zweirädrige Sportwagen, die einmal auf einer beliebten Rennbahn eine Rolle gespielt haben mögen, alle haben das gleiche Ziel: die Rheinbrücke

Die Rheinbrücke her gilts noch zu passieren! Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Brücke besetzt. Keiner überschreitet sie ohne Legitimation.

Der leichte Flußnebel wird von zwei grellen, blendenden Fanalen zerrissen, aus der ungewissen Dämmerung, die am Rhein alle Umrisse magisch abschwächt und ineinander verschwimmen läßt, saust ein großes Heeresauto, von einem geschickten Führer gesteuert, daneben ein anderer Feldgrauer. Im offenen Wagen zwei in Pelze gehüllte Gestalten. Ein Posten gebietet Halt. Aus dem Wagen erhebt sich ein hochgewachsener Mann in Zivil, und mit einer Stimme, die nicht verraten möchte, daß sie zu befehlen gewöhnt ist: „Arbeiter- und Soldatenrat, ihr müßt mich passieren lassen!" Schließlich nach langem Hin und Her, das beinahe eine halbe Stunde dauert, setzt der unbeweglich das Rad in Händen haltende Führer das Fahrzeug in Bewegung. — Nebel und Dunkelheit schließen sich hinter ihm wieder zusammen.

Die Wasser raunen zu den wechselvollen Bildern ihr alt — uralt Schummerlied: Es liegt eine Krone im tiefen Rhein.

Hier ein Regiment, das mit klingendem Spiel durch die Gassen heimwärts zieht. Ehrenpforten sind errichtet, Fahnen wehen, Tannengrün, Schuljugend umjauchzt sie. Jetzt sind die großen Tage der Gassenjungen. Wer jetzt noch einmal Gassenjunge sein könnte! Sie genießen rückhaltlos und in großen Zügen. Wehe dem Auto, das in Reichweite anhält, um sich zu orientieren. Nicht aus 20, auch nicht aus 30 Kehlen wird ihm Bescheid gegeben, aus Legionen tönt es ihm entgegen: „Jo gen se no do numme. un do sie se och gleich do! Gell!" Es wird den Fahrern begreiflich gemacht mit heftigen, weit ausholenden Armbewegungen. Im Nu wird Besitz ergriffen und mit gehts in unerschrockenem, atemraubendem Tempo. 20 bis 30 Kinder werden täglich als vermißt gemeldet.

Am blaßblauen winterlich kalten Himmel schwirren die Flugzeuggeschwader ihrem Bestimmungsort entgegen. Auch den weiten Rheinwiesen, dem schönsten natürlichen Flugplatz der Welt, lassen sie sich nieder, um zu übernachten. Früh am nächsten Morgen, wenn der ganze Flußnebel noch auf der weiten Ebene hängt, setzen sie ihre Fahrt fort.

Ein anderes Bild mischt sich in die ungewöhnte Bewegtheit der Straßen: die vielen Kriegsgefangenen des großen Lagers sind frei. Sie haben ihre guten Uniformen angelegt und sehen zum Teil recht schmuck aus. Frei wie jeder gehen sie in den Straßen umher. Nicht der eleganteste Badeort hatte je ein internationaleres Gemisch aufzuweisen, als die engen Straßen der altehrwürdigen Rheinstadt. Alle Waffengattungen sind vertreten, vom sibirischen Scharfschützen bis zum Alpenjäger mit seiner verwegenen Mütze. Die Russen scheinen sich am besten akklimatisiert zu haben. Sie nehmen ihre neugeschenkte Freiheit mit großer Selbstverständlichkeit hin. Sie sind am lautesten und begleiten ihre Unterhaltung mit den nachdrücklichsten Armbewegungen; sie sind sehr gut gekleidet und tragen merkwürdig gute Stiefel. Die Franzosen und Engländer scheinen etwas überrascht worden zu sein durch den plötzlichen Wechsel ihres Schicksals. Auf dem Marktplatz steht eine Gruppe Franzosen beisammen und wartet auf irgend etwas; da kommt ein anderer hinzu und wird von seinem Landsleuten lachend begrüßt: „Eh bien, mon vieux, c'est épatant!" (Das war eine Ueberraschung, mein Lieber!)

Kirchenfragen in Preußen.

Berlin, 1. Dez. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Adolf Hoffmann, hat auf eine an Ebert gerichtete Zuschrift vom 25. November 1918 über die Entschließung einer Versammlung von Vertrauensmännern der Zentrumspartei des Reichstagswahlkreises Dortmund-Hörde vom 24. November u. a. erwidert: Auch von den neuen Männern denkt niemand daran, die religiöse und Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern wird ungeschmälert bleiben. Deshalb sollen die Eltern das Recht haben, ihre Kinder von Angestellten derjenigen Kirche, welcher sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu lassen. Dem Christentum wird volle Freiheit und Gleichberechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet. Hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche ist es selbstverständlich, daß an dem Etat, der bis ersten April 1919 läuft, nichts geändert wird. Sollte die Trennung bis dahin vollzogen werden, so wird ein staffelweiser Abbau der Bezüge der Kirche in einer Weise vorgenommen werden, die keinerlei soziale Härten besonders gegen ärmere Gemeinden mit sich bringt.

Die Liberalen.

WTB. Berlin, 4. Dez. Zwischen der deutschen demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei ist eine Verständigung erzielt worden, die zu dem Eintritt der Volkspartei in die deutsche demokratische Partei geführt hat. Die deutsche demokratische Partei hat dabei den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung nur auf der Grundlage ihres Aufrufes vom 16. November möglich sei, und diejenigen Persönlichkeiten, die bei der Agitation für annexionistische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber vertretenen Politik eine führende Rolle gespielt, sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, innerhalb der Partei nicht hervortreten werden.

Drohende Arbeitslosigkeit.

WTB. Berlin, 5. Dez. Die Berliner Gewerkschaften melden in den nächsten Tagen hohe Arbeitslosenziffern. Innerhalb einer Woche ist die Zahl allein der arbeitslosen Bauarbeiter von 500 auf annähernd 1000 gestiegen. Bei den Holzarbeitern betrug sie in der vorigen Woche 1600. Sie ist seitdem rapid angewachsen. Bei den Metallarbeitern sind weit über 5000 Arbeitslose vorhanden. Infolge der Ueberfüllung der 23 städtischen Aufnahmestellen für Arbeitslose ist vom Berliner Magistrat eine 24. Stelle eingerichtet worden. In Charlottenburg bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 10 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffung.

Reichstag und Volksregierung.

Auf das Telegramm der Reichsleitung hat der Präsident des Reichstags, Fehrenbach, folgendes Telegramm an diese gerichtet: Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. So lange Sie aber nicht auflösen, sind Sie trotz Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches oder des Prozeßrechtes hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet die gesetzlose Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich.

Fehrenbach, Reichstagspräsident.

Ebert über die Revolution.

Berlin, 1. Dez. Im großen Saale des Rheingold fand heute mittag eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation veranstaltete und von ungefähr 3000 Personen besuchte Kundgebung für die Sozialdemokratie statt in der Ebert unter anderem folgendes ausführte:

Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Politische Freiheit ist Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist die Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Volksrepublik soll

auf Recht und Vernunft aufgebaut

sein. Für die Sozialdemokratie ist der Weg hierzu klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm der Partei, für dessen Grundsätze die deutsche Sozialdemokratie fünfzig Jahre lang gekämpft hat. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinander zu fallen droht, wieder fest zusammenfassen. Keine Macht der Welt ist stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende

politische Einheit der deutschen Stämme

dauernd zu entzweien oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller, als der Rückfall in mittelalterliche Kleinstaaterei mit ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Krähwinkelei. Nicht Separatismus, sondern eine einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung, von der wir den endgültigen Frieden erwarten. Nur zähe, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie können das Zerstörte wieder aufbauen. Die Ueberzeugung und Notwendigkeit gebieten uns, das im weitesten Sinne zu tun. In

Grundsätzlich demokratischem Geiste

wollen wir Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaften, die dazu reif sind. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Der Kapitalprofit wird scharf erfaßt werden. Möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Einkommens erstreben wir. Die Kriegsgewinne müssen restlos eingezogen, die Erbschaftssteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Sieg gesichert werden, dann muß

jede politische Putschtaktik

aufs entschiedenste bekämpft werden. Mögen die deutschen Arbeiter nach Rußland sehen und sich warnen lassen. Das hochentwickelte deutsche Wirtschaftsleben kann auf die Dauer nicht mit Maschinengewehren und Brownings vergewaltigt werden. Wir wollen ein dauerhaftes, innerlich gesundes Werk schaffen, das eine gesicherte Entwicklung der Wirtschaft und ein kräftiges Volksleben ermöglicht. Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle, das sind und bleiben unsere Grundsätze. Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unverrückbar unser Ziel. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist

ein freies, gesundes Volk,

das keine Schmarotzer und kein Elend mehr kennt. Wer dasselbe will, kämpfe mit uns gegen die Gewaltpolitik, von woher sie auch komme, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.

Der zweite Referent, Otto Braun, bekannte sich zum Ausbau und zur Festigung der sozialen Politik auf demokratischer Grundlage und zu einer entschiedenen Kampfansage gegen bolschewistische Methoden. Im Auftrage der preußischen Regierung werde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Staat das Vorkaufsrecht an Landgütern sichert. Die aus den Städten in die Landwirtschaft eingetretenen Arbeiter sollen sobald wie möglich entlassen und die zurückkehrenden Landarbeiter zu den neuen Verhältnissen entsprechenden Bedingungen wieder eingestellt werden. Die Oed- und Moorländereien, wovon es in Deutschland über zwei Millionen Hektar gebe, sollten in Kulturländer umgearbeitet und soweit wie möglich schon für die nächste Ernte nutzbar gemacht werden. Die landwirtschaftliche Produktion müsse auf die höchste Stufe gebracht werden. — Die Versammlung stimmte den Rednern einmütig zu.

Der französische Geßlerhut.

In Saarlouis in der Rheinprovinz veröffentlichte der französische Platzkommandant und Major Tusseau am Samstag folgenden Befehl:

In Anbetracht des höflichen Empfanges, den die Stadt Saarlouis den französischen Truppen bereitet hat, hat sich das französische Kommando entschlossen, heute nachmittag einen feierlichen Empfang in Saarlouis zu halten. Bei den einziehenden Truppen befindet sich die Fahne eines Infanterieregiments.

Alle Fahnen, gleich welcher Nation sie angehören, müssen geachtet werden wie alle diejenigen, die für sie gestorben sind, weil sie viel vergossenes Blut und Opfer versinnbildlichen. Alle Nationen haben jedoch nicht dieselbe Art, ihre Achtung zu bezeigen. In Frankreich ist es Sitte, den Hut abzunehmen, wenn die Fahne eines Regiments vorbeizieht.

Der unterzeichnete Platzkommandant hofft, daß die Bevölkerung von Saarlouis diese französische Sitte von heute an mitmacht, indem sie beim Vorbeimarsch auch die Fahne grüßt. Die französischen Soldaten, die die Gewohnheiten in Deutschland nicht kennen, würden in der Unterlassung dieser Sitte eine beabsichtigte Feindseligkeit erblicken, die sicherlich nicht gewollt ist. Dies könnte gleich zu Anfang zu unlebsamen Mißverständnissen führen. Diese Ehrenbezeugung mag vielen, die sie nicht kennen, seltsam erscheinen, aber ihre Berechtigung wird sicherlich allgemein verstanden werden.

Wir bekommen die Einblicke in die Seele eines Militarismus, über den wir uns, im klassischen Lande der Militärvergötterung, selbst zur Zeit der Wilhelminischen Hochkonjunktur lustig gemacht hätten. Eine Regimentsfahne als Geßlerhut zu behandeln ist schon nicht mehr Militärfrommheit, sondern glatter Fetischismus und gehört unter die Formen der sexuellen Perversität.

Baden.

Die „hohen Kosten" für die Arbeiter-Räte und für die Volkswehr.

Man schreibt uns: Die rechtsstehende Presse des Landes insbesondere hat sich zum Sprachorgan für jene engherzigen Leute gemacht, denen die angeblich hohen Verwaltungskosten der Arbeiter-Räte den Anlaß zu bitterster Kritik geben. Hiergegen haben wir uns schon in der Tagespresse gewandt, mußten dabei allerdings feststellen, daß uns die uns nicht wohlgesinnte Presse nicht zu Wort kommen ließ. Das ist dieselbe Presse, die während der vier Kriegsjahre nicht den Mut aufbrachte, gegen die wirkliche Verschleuderung großer Nationalvermögen durch unehrenhafte Elemente des Heeres und der Nation, gegen die Ausbeutung des Volkes durch Schieber aller Art, Einspruch zu erheben.

Ungeachtet dieser Angriffe ist es dringend geboten, auf größtmöglichste Sparsamkeit bei der Verwaltung der A.-, B.- u. V.-Räte zu dringen. In der engeren Verwaltung der Vollzugsorgane sollen nur die dringlichst erforderlichen Personen für ihre Arbeiten bezahlt werden. Soweit es sich mit dem Dienst in Einklang bringen läßt, sind ehrenamtlich tätige Personen beizuziehen. Auch empfiehlt sich die Zurückkehr der seinerzeit aus den Betrieben ausgetretenen Arbeiter in dieselben und die Besetzung der Stellen durch vom Feld zurückgekehrte arbeitslos gebliebene Kameraden. Insbesondere für die Volkswehr trifft das zu. Die Zahl der in dieser arbeitenden Wachleute bis aufs äußerste zu beschränken. Unnötige Postenstellung ist zu unterlassen. Es hat gar keinen Sinn, wenn in jedem Orte die Zu- und Ausgänge durch Posten besetzt bleiben, nachdem die Demobilmachung ihre Erledigung gefunden hat. Mit einer kleinen Verstärkung der Polizeiwache dürfte nunmehr auszukommen sein.

In den größeren Städten wird man sich naturgemäß in dieser Art nicht behelfen können. Besteht doch hier die Unsicherheit und die Gefahr von Plünderungen in diesem harten Winter fort. Hier muß jedoch eine Detaillierung der entstehenden Ausgaben geführt werden. Wachposten der Volkswehr, die private Objekte oder solche der Gemeinde oder des Staates bewachen, sind auf ein besonderes Konto zu verbuchen. Der Wachdienst, der in Fühlung mit der Schutzmannschaft durchgeführt wird, muß gleichfalls auf besondere Rechnung verbucht werden. Damit läßt sich am klarsten feststellen, wodurch das größte Stück Geld verschlungen wird. Wenn die Fabrikanten und Handelshäuser keinen Schutz ihrer Liegenschaften wünschen, was sollte die Arbeiterschaft hiergegen einzuwenden haben? Wollen sie ihn aber, dann müssen sie die dafür entstehenden Kosten tragen. Dieselben sind ohne Belang, wenn man berücksichtigt, daß es viele Millionenwerte sind, für welche Schutzwachen gestellt werden. Wollen Stadtrat und Bezirksamt auf einen zeitgemäßen Sicherheitsdienst verzichten, wie käme die Arbeiterschaft dazu, sich hierfür in stärkerem Maße einzusetzen. Bis jetzt war für dieselbe das moralische Verantwortlichkeitsgefühl Motiv für ihre Haltung und Handlungen gewesen. Jetzt ist es an der Zeit, die Behörden vor die Alternative zu stellen, ob sie die Verantwortung für einen ungenügenden Wachdienst in dieser gefahrvollen Zeit übernehmen wollen. Es wird sich ja dann herausstellen, ob sie mit weniger Geldaufwand den Dienst einrichten können und wie sie die massenhaft in den Städten vorhandenen Arbeitslosen beschäftigen wollen.

Bei dieser Gelegenheit noch eine tatsächliche Feststellung: Die A.-, B. u. V.-Räte setzen sich nicht nur, wie gemeinhin angenommen wird, aus Sozialdemokraten zusammen. In den größeren Städten des Landes sind zwar Sozialisten Führer der Bewegung. In den kleineren Städten aber und in den Landorten insbesondere wurden die Volksräte von Angehörigen aller Parteien gegründet. Alle Berufsstände sind in ihnen vertreten. Was angesichts dieser Tatsache die fortwährenden Angriffe auf die sozialdemokratischen Parteien bedeuten sollen, ist nicht verständlich. Diese unehrlichen Angriffe sollen wohl die Einleitung für den Wahlkampf zur Nationalversammlung bilden.

Bericht der Arbeiter-Räte betr.

Die Landeszentrale der A.-, B.- u. V.-Räte in Karlsruhe (Schloß) schreibt uns: Die Arbeiter-, Bauern- und Volksräte des Landes sind der nächsten Nationalversammlung gegenüber ebenso verantwortlich wie die vorläufige Regierung. Das trifft für die Art ihrer Tätigkeit zu wie für die gemachten Geldausgaben. Bisher ist in der Oeffentlichkeit immer von den Mißhelligkeiten der Arbeiterräte mit den Behörden, von Uebergriffen der ersteren und von den angeblich hohen Geldausgaben die Rede gewesen. Was die A.- u. S.-Räte Gutes geleistet haben, nachdem die Revolution im Lande war, davon redet man nicht. Welche Riesenwerte sie den unwürdigen Schiebern aus den Händen entwunden haben, das wird auch nicht erwähnt. In der Demobilmachung haben die A.- u. S.-Räte in Verbindung mit den heimatlichen Militärbehörden gleichfalls Großes geleistet. Auch davon wird der Landbevölkerung nichts erzählt. Hierfür hätten die Gemeinden und der Staat auch ohne Mitarbeit der Arbeiter-Räte große Summen aufwenden müssen. Ob dann aber alles so glatt gegangen wäre, wie es ging, diese Frage bleibt offen. Um nun aber über die geleisteten Arbeiten der A.- u. S.-Räte einen Ueberblick zu gewinnen, werden hiermit alle A.-, B.- u. V.-Räte aufgefordert, einen Tätigkeitsbericht einzuschicken. Diese sind von Woche zu Woche zu ergänzen, damit seitens der Landeszentrale der Nationalversammlung ein zusammenfassender Bericht vorgelegt werden kann.

Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Baden.

Nach einer soeben veröffentlichten Verfügung der vorl. Volksregierung muß die achtstündige Arbeitszeit in die Stunden zwischen 7 Uhr morgens und 4 Uhr nachmittags gelegt werden. Dies ist deshalb notwendig, weil die große Kohlennot und der Mangel an Lokomotiven und Wagenmaterial dazu zwingen, den Fahrplan von Mitte des Monats Dezember ab erheblich einzuschränken. Soweit die Zugsverbindungen den dringenden volkswirtschaftlichen Interessen genügen können, müssen Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit in den größeren Arbeitszentren des Landes einheitlich auf bestimmte Stunden festgelegt und der Zugverkehr diesen Zeiten angepaßt werden. Die Demobilmachungsausschüsse wurden angewiesen, sich wegen der Festsetzung der für ihre Wirtschaftsgebiete hiernach in Betracht kommenden Verkehrszeiten nach Benehmen mit den Handelskammern mit der Generaldirektion der Staatseisenbahnen in Verbindung zu setzen. Die Festlegung der Arbeitszeit auf die Stunden zwischen 7 Uhr morgens und 4 Uhr nachmittags findet keine Anwendung auf die Gastwirtschaften und die Verkaufsstellen, über deren Offenhaltung eine frühere Verordnung bereits Bestimmung getroffen hat. Ebenso gelten für die Arbeitszeiten in den Bäckereien und Konditoreien die von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen.

Die Verordnungen der Badischen vorläufigen Volksregierung die von besonderer Bedeutung sind, werden künftig jedesmal auch als Plakate auf farbigem Papier in den Gemeinden angeschlagen.

Die Mannheimer Spartakusse. Wie die „Volksstimme" mitteilt, sind neuerdings in Mannheim Kräfte an der Arbeit, die bisher glatt und ruhig verlaufene Revolution in das Fahrwasser der Berliner Spartakusleute zu drängen. Die alten Führer der Unabhängigen hätten anscheinend die Zügel über ihre eigene Partei verloren, denn am letzten Samstag versuchten einige der Radikalen die Arbeiter zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Dem Vollzugsausschuß des A.- u. S.-Rats gelang es jedoch, die Absage dieses unverantwortlichen Vorgehens zu erwirken. Später kam es dann zu einem „Demonstrationszug", wobei einige hundert Menschen vor die Zeitungsdruckereien zogen, um da ihrer Forderung nach einem eigenen Zeitungsorgan der Unabhängigen Nachdruck zu verleihen. Die ganze Demonstration verlief ergebnislos.

Mannheim, 5. Dez. Der französischen Regierung ist das Bedauern über den Zwischenfall, der sich jüngst im hiesigen Kriegsgefangenenlager ereignete und bei dem ein deutscher Wachtmann drei französische Kriegsgefangene, die ihn neckten, erschossen hatte, ausgesprochen worden. Die Stadt Mannheim erklärte sich bereit, den Hinterbliebenen der drei Opfer eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. (Gerüchte wollen wissen, daß Mannheim und womöglich auch Heidelberg infolge des Vorkommnisses im Mannheimer Gefangenenlager feindliche Besetzung erhalten würden. An zuständiger Stelle hier ist davon noch nichts bekannt.)

Bruchsal, 5. Dez. Dem hiesigen Soldatenrat ist es in der vergangenen Woche gelungen, 110 Flugzeuge, die in Germersheim verlassen lagen, auf das rechte Rheinufer zu bringen und sie so der Gefahr, in französische Hände zu fallen, zu entreißen.

* **Tauberbischofsheim**, 4. Dez. Auf dem badischen Bahnhof Heidingsfeld bei Würzburg stieß am Samstag mittags 1 Uhr infolge Ueberfahrens des Einfahrtssignals der Güterzug Nr. 124 auf den Personenzug 333, der von Lauda kam, auf. Dabei wurden die Maschine des Güterzugs, drei Personenwagen vom Zug 333 und 7 Güterwagen stark beschädigt. Getötet wurden Hilfsbremser Landwehr aus Edelfingen und der Soldat Friedrich Dörrzapf von Ludwigshafen. Verletzt sind 29 Reisende des Personenzuges, meistens entlassene Soldaten, die in die Heimat zurückkehren wollten.

Mannheim, 5. Dez. Der Telephonverkehr nach Ludwigshafen ist seit gestern gesperrt. Die Besetzung der Stadt Ludwigshafen durch die Franzosen wird heute erfolgen. Verschiedentlich waren Gerüchte verbreitet, daß die Franzosen von der Pfalz aus den Rhein überschritten und badischen Boden besetzt hätten. Nach einer Zeitungsmeldung seien in Knielingen französische Patrouillen erschienen. Diese Nachricht und auch die Gerüchte sind unrichtig.

Kappelwindeck bei Achern, 4. Dez. In einer hiesigen Wirtschaft hantierte ein Jäger des Bühler Bataillons mit einem Militärrevolver. Durch Unvorsichtigkeit entlud sich die Waffe und traf den eben erst vom Felde heimgekehrten Sohn der Lammwirtin Doll so unglücklich, daß der Tod des jungen Mannes sofort eintrat.

Waldshut, 3. Dez. Die badischen Gemeinden Jestetten, Lottstetten und Büsingen haben den Anschluß an die Schweiz beschlossen. Die Gemeinde Lottstetten zählt 790, Jestetten 1280 und Büsingen 800 Einwohner.

Dinglingen, bei Lahr, 3. Dez. Aus dem Stalle eines Landwirts wurden zwei einem Art.-Regt. gehörende Pferde gestohlen. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Meßkirch, 3. Dez. Das achtjährige Söhnchen des Kaufmanns Kleinfelder spielte mit einem Revolver, von dem man glaubte, er sei nicht geladen. Plötzlich krachte aber ein Schuß, dem Knäbchen drang die Kugel in den Kopf und führte den sofortigen Tod herbei.

Landwirte, liefert pflichtgemäß ab! Bei Gelegenheit einer in Freiburg tagenden Versammlung der Bürgermeister und sämtlicher Vorstände der örtlichen landwirtschaftlichen Organisationen des Amtsbezirks Freiburg, die den Bezirksbauernrat wählten, legte der Direktor des Bad. Bauernvereins, Dr. Aengenheister, in dringlichster Weise den Landwirten nahe, möglichst viel Lebensmittel an die richtigen Stellen abzuliefern. Im gleichen Sinne sprachen sich nach ihm in ebenso warmen Worten der Direktor des landw. Bezirksvereins, Geh. Rat Muth, und der Vertreter des Karlsruher Genossenschaftsverbandes, Revisor Haak, aus. Aus der Mitte der Versammlung wurde darauf ebenfalls die gleiche Aufforderung an die Standesgenossen gerichtet, sodaß die ganze Veranstaltung in das Gelöbnis ausklang: „Wir Bauern wollen unsere Pflicht tun." Möge dieser Ruf auch anderwärts gehört werden.

Die Nationalwahlen.

Versammlungen im 3. Wahlkreis.

Baden-Baden, 4. Dez. Sozd. Partei. Zu einer wichtigen Versammlung hatte die Partei ihre Mitglieder am Montag zusammengerufen. Galt es doch, die Wahlarbeit für die kommenden badischen Nationalwahlen zu organisieren. Dank der Arbeitsfreudigkeit, die bei allen Genossen vorhanden war, war es nicht schwer, die Arbeit rasch zu bewältigen. Jetzt aber, nachdem diese Vorarbeit geleistet ist, ergeht an jeden Genossen und Genossin die Aufforderung, das Möglichste dazu beizutragen, um unserer Sache zu einem guten Erfolge zu verhelfen. Ganz besonders sind die Frauen aufzuklären und für unsere Partei zu gewinnen. Daß alles getan werden muß zur Hebung des Abonnentenstandes des „Volksfreund", ist selbstverständlich. Also lassen wir uns von keiner Partei an Arbeitsfreudigkeit übertreffen. Tue jeder seine Pflicht.

g. **Staufenberg**, 3. Dez. Mit einer am letzten Sonntag stattgefundenen öffentlichen Volksversammlung nahm unsere Partei den Wahlkampf zu der Nationalversammlung auf. Genosse Bertsch (Ettlingen) entledigte sich seiner Aufgabe als Redner der Versammlung in vorzüglicher Weise. Er zeigte, wie die bisher herrschende Klasse in bewußter Weise das deutsche Volk in das Verderben geführt habe und wie weiter das Militärsystem, wie es vor dem Kriege und im Kriege herrschte, mitschuldig ist an dem Zusammenbruch, wie der deutsche Militarismus mit die Verantwortung trägt für das große Unglück. Das Volk hat sich nun freigemacht, es hat die Leitung seiner Geschicke selbst in die Hand genommen und Pflicht aller freiheitlich Gesinnten ist es, sich auf den Boden des neuen Staates zu stellen und die neue Volksregierung zu unterstützen. Die Ausführungen des Genossen Bertsch fanden lebhaften Beifall. Unsere Partei kann guten Mutes dem Ausgang des Wahlkampfes entgegensehen.

Es sei an dieser Stelle auch noch einem Gerücht entgegengetreten, das in unserem Orte umging. Es war ausgesprengt worden, der Bürgermeister unseres Ortes sei deshalb der Versammlung ferngeblieben, weil diese zu dem Zwecke einberufen sei, den Bürgermeister aus seinem Amte zu entfernen. Diese verleumderische Behauptung weisen wir entschieden zurück; es ist kein wahres Wort daran. Wir glauben, daß der Bürgermeister allerdings einen Grund hatte, nicht in der Versammlung zu erscheinen, er befürchtete wohl, die Einwohnerschaft könnte ihre Entrüstung ausdrücken über die Art und Weise, wie der Bürgermeister bei der Verteilung der Lebensmittel vorgeht; von Gerechtigkeit ist da selten etwas zu spüren. Auch nach dieser Richtung hin muß einmal Ordnung geschaffen werden.

n. **Rotenfels**, 3. Dez. Nächsten Sonntag, 8. Dez., nachm. ½3 Uhr, findet im Gasthaus zum „Ochsen" eine öffentliche Volksversammlung statt, zu der die gesamte Einwohnerschaft des Ortes, Männer und Frauen, eingeladen ist. Auch sei gleichzeitig zur Kenntnis gebracht, daß bei etwaigen Beschwerden in der Lebensmittelverteilung usw. das Arbeiterrats-Mitglied Karl Seiler, Grösaustraße, zur Entgegennahme bereit ist.

An den „Badischen Beobachter"

* Karlsruhe, 5. Dez.

Der „Badische Beobachter" nimmt Veranlassung, uns zu fragen, ob „die badische Sozialdemokratie sich noch weiter unter das Berliner Regiment beugen und die von dort inspirierte Nebenregierung dulden" werde. Das ist eine Suggestivfrage, in der eine Behauptung von unwahrem Charakter aufgestellt wird. Uns wird das Eingeständnis zugemutet, daß wir mit der Spartakusgruppe durch Dick und Dünn gegangen seien oder daß wir wenigstens in schwächlicher Nachgiebigkeit ihre Manipulationen geduldet hätten.

Noch keinen Tag und noch in keinem Punkte haben wir die Politik des Berliner Bolschewismus mitgemacht. So deutlich wie es Worte zu tun vermögen, haben wir diesen mit Blutromantik vermischten Träumereien Liebknechts eine Absage erteilt. Die Absicht der Spartakusgruppe, die Verstaatlichung sämtlicher Produktionsbetriebe der großen Mehrheit des deutschen Volkes aufzuzwingen und hinterher erst die Nationalversammlung zuzulassen, die alles Wichtige dann festgelegt findet, verglichen wir in unserem Leitartikel „Entweder — oder" Nr. 274 mit der Manipulation Hertlings, das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht nach festgelegten „Sicherungen" gnädig zu gewähren. Wir haben die Unmöglichkeit dargelegt, mit lauter verstaatlichten Betrieben gegen die Konkurrenz der privatkapitalistischen Unternehmungen des Auslandes aufzukommen. Wir wiesen mit stärkstem Nachdruck auf die Konsequenzen hin, die eine von der Minderheit erzwungene Nationalisierung der Produktion und des Besitzes und der Kampf gegen die Nationalversammlung über uns bringen würden.

Das Fazit unserer Ausführungen war die präzise Erklärung: „Wir hier in Süddeutschland machen den Bolschewismus nicht mit. Wir wollen die schleunigste Wahl und Einberufung der Konstituante. In deren Hand legen wir das Geschick Deutschlands, soweit wir es selbst bestimmen können." Daran schloß sich die Alternative: „Sucht ihr aber (die Spartakusleute und deren norddeutscher Anhang), wie es scheint, aus Furcht vor dem Spruch des Volkes, die Wahl zur Nationalversammlung zu hintertreiben, versucht ihr nach dem berüchtigten Vorbild Hertlings, deren gesetzgeberische Kompetenz durch Sicherung des vorher aufgezwungenen Kommunismus zu unterbinden, dann falle unsere Entscheidung: Separation des deutschen Südens vom preußischen Norden. Die Bayern haben zu euerm Experiment mit der Parole: „Los von Berlin" gesprochen. Wir wollen an Präzision und Entschiedenheit unserer Stellungnahme auch nicht zurückstehen. Ihr habts gewollt, so sei es denn. Die Verantwortung für die Folgen werdet ihr zu tragen haben." So ähnlich und so deutlich haben mit Ausnahme von ein paar nach ganz links Abgesplitterten alle Instanzen gesprochen, die in der badischen Sozialdemokratie über die Macht eines offiziellen oder publizistischen Wortes verfügen.

Herrschaften vom „B. B." und Herrschaften vom Zentrum, das alles wißt ihr doch genau so gut wie wir. Warum also euere Verdächtigungen und Schmähungen? Wir werden in der kommenden Wahlkampagne noch manchen Strauß mit einander ausfechten müssen. Steigt ihr auf das Niveau dieser demagogischen Machenschaften herab, dann wird der Kampf Formen annehmen, die wir unserem ohnehin so zersplitterten, kampfmüden Vaterlande doch besser ersparen. Wie ihr aber wollt. Euer Ton wird unser Echo bestimmen.

Kommunalpolitik.

Bürgerausschußsitzung in Baden-Baden.

r. **Baden-Baden**, 3. Dez. Nach längerer Pause war der Bürgerausschuß gestern zu einer Sitzung zusammengetreten, deren Tagesordnung 9 Punkte umfaßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Oberbürgermeister verschiedene informierende Erklärungen ab, über den Stand der Brennmaterialienfrage und über den Stand der Verpflegungsverhältnisse. Unter Hinweis darauf, daß sich diese Dinge nicht unwesentlich geändert hätten seit der Sitzung der gemischten Kommission, führte er aus, daß ganz besondere Einschränkungen auf dem Gebiet der Beleuchtung notwendig sein werden, da die Kohlenknappheit eine immer größere wird. Alle zuständigen Stellen seien mit Nachdruck auf diesen Punkt hingewiesen. Leider habe sich die Einführung der Sperrzeit für Gas nicht bewährt und infolgedessen müsse mit entsprechenden Radikalmitteln vorgegangen werden, um praktischen Erfolg zu erzielen. Hoffnungsvoller waren seine Ausführungen über die Aussichten der Kartoffelbelieferung, und wir wollen von Herzen wünschen, daß seine diesbezüglichen Ausführungen recht bald in Erfüllung gehen. — Mit dem, was der Oberbürgermeister weiter über die Beschränkung des Fremdenverkehrs sagte, können wir im großen ganzen einverstanden sein. Leider sind wir gezwungen, die Fremden bestmöglichst fernzuhalten, obwohl sie im Grunde unsere Haupterwerbsquelle darstellen. Hoffentlich sind wir recht bald wieder in der Lage, diese Bestimmungen aufzuheben. Zweckmäßig wird es sein, wenn in dieser Sache mit bestem Willen und nicht allzu hart verfahren wird.

Zur Tagesordnung selbst stand als Punkt 1 „Aufnahme eines Anlehens zum Zwecke von Arbeitsbeschaffung in der Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft" Hier konnte der Oberbürgermeister die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Steuerkraft der Stadt in stetigem Wachsen begriffen ist und die Stadt im vergangenen Jahre an Umlagen ein Mehr von 200 000 Mk. erzielte. — Punkt 2 behandelte die „Neuanstellung eines Bürgermeisters" anstelle des an einem Ohrenleiden erkrankten bisherigen Bürgermeisters Dr. v. Saint George. Hier wurde von Seiten des Stadtrates eine glückliche Lösung gefunden, indem er vorschlug, daß Herr Stadtrechtsrat Elfner und Herr Bürgermeister v. St. George ihre Aemter tauschen sollen. Dem Vorschlag wurde allgemein zugestimmt und so waren der Stadt zwei wertvolle Arbeitskräfte erhalten. In der folgenden Bürgermeisterwahl wurde dann auch Stadtrechtsrat Elfner mit allen gegen eine Stimme zum Bürgermeister gewählt.

Zum Antrag „Gewährung von Familienzulagen an die städt. Beamten" wurde von uns geltend gemacht, daß diese Teuerungszulagen auch den unständigen Angestellten gewährt werden, und zwar nach den gleichen Grundsätzen, wie den fest angestellten, damit diese nicht der Gnade ihrer Vorgesetzten preisgegeben sind. Gleichzeitig ersuchten wir den Stadtrat, auch für die städt. Arbeiter den Achtstundentag einzuführen. Diese Teuerungszulagen sind den Grundsätzen der staatlichen Zulagen entsprechend. Der Bürgerausschuß erteilte dem Stadtrat die Ermächtigung, sich auch in Zukunft an die staatlichen Sätze zu halten. — Allgemeine Zustimmung fanden die Ankäufe von Häusern für Arbeiterwohnungen und Ankäufe von Grundstücken, die für den Ausbau der Straßen sehr wertvoll sind. — Bei der Ausstellung einer Vollmacht von Seiten des Bürgerausschusses an den Stadtrat, daß er die Bauplätze auf der Friedrichshöhe zu festgesetzten Preisen ankaufen kann, wurde von uns angeregt, in Zukunft bei derartigen Gelegenheiten im Sinne einer zeitgemäßen Bodenreform zu verfahren, mit der man überall gute Erfahrungen gemacht hat. Einstimmig bewilligt wurde auch die Anforderung einer maschinellen Feuerwehrleiter und Kosten verschiedener Aenderungen an dem Sägewerk.

Die Diskussion über die eingangs der Sitzung gemachten Ausführungen des Oberbürgermeisters bewegte sich in der Hauptsache in den von ihm vorgetragenen Gedankengängen. Bei der vorgenommenen Wahl eines Stadtrechtsrates wurde Stadtv. Karl Fischer gewählt.

Soziale Rundschau

r. **Berghausen**, 1. Dez. Arbeiterentlassung in der Patronenfabrik. Am Samstag, 23. Nov., wurde den Maurern im Betrieb A. 2 nahegelegt, alle, die während des Krieges eingestellt worden seien, sollten ihre Entlassung nehmen. An sich wäre gegen diese Maßnahme nichts einzuwenden gewesen, die meisten Maurer kamen auch dieser Aufforderung sofort nach, sie glaubten dabei allerdings, daß diese Maßnahme der Betriebsleitung für alle beschäftigten Arbeiter gelten würde. Dem war aber nicht so. Es stellte sich bald heraus, daß eine ganze Anzahl Arbeiter — wahrscheinlich durch einen geheimen Wink veranlaßt — ihre Entlassung nicht nahmen. Darunter befinden sich Leute, die während des Krieges nicht eingerückt, hilfsdienstpflichtig, oder Selbstversorger waren, während bei den Entlassenen Familienväter mit bis zu dreizehnköpfiger Familie waren. Und dies Vorgehen geschah trotz der Versicherung des Verbandsbeamten Sauer in der Versammlung am Freitag den 22. November, daß vorläufig gar niemand, mit Ausnahme der Jugendlichen, entlassen werden sollte. Wir sehen wohl ein, daß mit Ende des Krieges die Kriegsproduktion aufhören muß, allein es wäre doch zu erwarten gewesen, daß die Entlassungen in einer Weise vorgenommen würden, die keinen Anlaß zu Beschwerden gegeben hätten. Die nun beliebte Art der „Entlassung" von Arbeitern läßt nichts von sozialem Geiste erkennen. Es muß allerdings auch aufs schärfste gerügt werden, daß eine Anzahl Leute den sofortigen Austritt ihrer Kollegen dazu benützten, um sich auf deren Kosten noch etliche Wochen zu „drücken".

Letzte Nachrichten.

Militärische Demonstrationen in München.

München, 5. Dez. Vor dem Ministerium des Aeußern, am Promenadeplatz, fand gestern mittag eine Demonstration statt. Von der Kaserne des Pionierbataillons zog ein Demonstrationszug geschlossener Front- und Heimatstruppen unter Vorantragung einer schwarzrotgoldenen Fahne nach dem Ministerium des Aeußeren. Dort begab sich eine Abordnung der Pioniere zum Ministerpräsidenten, der sie im Beisein des gesamten Ministeriums empfing. Der Sprecher, der erklärte, daß hinter den Demonstranten die gesamte Münchner Garnison stehe, forderte das Ministerium auf, um antirevolutionäre Propaganda unmöglich zu machen, sofort den Termin der Nationalversammlung für den Volksstaat Bayern bekannt zu machen. Ministerpräsident Eisner versicherte, daß in den nächsten Tagen der Termin für die Nationalversammlung dem Volke bekannt gegeben werde. Auch die Minister Auer und Roßhaupter sprachen im gleichen Sinne. Darauf begab sich der Ministerpräsident auf die Straße und wiederholte dort den Pionieren und der angesammelten Bevölkerung seine Zusicherungen.

Unter der feindlichen Besetzung.

Berlin, 4. Dez. (Privatmeldung.) Der Bürgermeister von Metz hat laut einer Berner Meldung der „Vossischen Zeitung" eine Proklamation erlassen, in der er sich und die Bewohner der Stadt zu Franzosen erklärt. Den zurückgebliebenen Deutschen wird in verletzenden Wendungen bis zum Friedensschluß eine loyale Behandlung zugesagt. In einer weiteren Kundgebung wird erklärt, daß die Industrie nicht weiter in den Händen feindlicher Abkömmlinge bleiben dürfe. Die Aktien der großen deutschen Gesellschaften sollen von der französischen Regierung auf Rechnung der Kriegsentschädigung aufgekauft und an die französischen Kapitalisten weiter gegeben werden.

Berlin, 5. Dez. Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Kehl über die deutsche Linie abschieben lassen. Unter den Ausgewiesenen befindet sich eine große Anzahl angesehener Persönlichkeiten: Kaufleute, Anwälte, ein Oberschulrat und neun Dozenten der Straßburger Universität. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Barmittel in badisches Gebiet an. Die Reichsregierung hat durch die Waffenstillstandskommission telegraphisch zunächst 10 000 Mk. für eine Hilfsaktion der badischen Regierung zur Verfügung gestellt und wird nach Bedürfnis weitere Mittel bereithalten.

Köln, 5. Dez. Vom 5. Dezember, mittags 12 Uhr, ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

Berlin, 4. Dez. Die „Deutsche Allgemeine Tageszeitung" schreibt: Wie der amerikanische Funkspruch Belmar vom 29. November 1918 meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweilig besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Von der Mackensen-Armee.

WTB. **Budapest**, 4. Dez. Generalfeldmarschall v. Mackensen traf Dienstag nachmittag in Arad ein. Der Präsident der Zentrale der Soldatenräte der Mackensenschen Armee Unteroffizier Braun, teilte einem Korrespondenten des „Pester Lloyd" mit, daß die Armee fast seit vier Wochen ohne jede Nachricht aus der Heimat gewesen sei. Als dann spärliche Nachrichten über die Ereignisse in Deutschland eintrafen wurden auch in der Armee Mackensen Soldatenräte gewählt, die zu dem Oberkommando in vorzüglichem Verhältnis stehen. An die deutsche Reichsregierung habe der Zentralrat ein Telegramm gerichtet, wonach sich die Soldaten der Armee Mackensen keinesfalls einer Diktatur fügen, woher sie auch kommen möge. Sie wünschen baldigste Einberufung der Nationalversammlung. Der französischen Forderung nach Internierung müßten sie sich fügen, hauptsächlich aus dem Grunde, um den Franzosen keine Gelegenheit zu geben, ganz Deutschland zu besetzen.

Kohlennot in Oesterreich.

WTB. **Wien**, 5. Dez. Infolge des fast gänzlichen Aufhörens der Kohlenzufuhren für die deutschösterreichische nEisenbahnen und des vollständigen Verbrauchs der Kohlenvorräte der Eisenbahnen besteht die Gefahr des gänzlichen Stillstandes des Eisenbahnverkehrs. Der Verkehr der Wiener Stadtbahn wird voraussichtlich Freitag oder Samstag eingestellt werden müssen. Auf den Hauptbahnen wird in den nächsten Tagen wahrscheinlich nur je ein Fernpersonenzug im Verkehr bleiben können. Auch der übrige Verkehr wird eine weitere Einschränkung erfahren. Trotz aller Bemühungen der Regierung ist eine baldige Besserung der Lage nicht zu erhoffen.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Ungarns zu Deutschland.

Budapest, 4. Dez. (Priv.-Tel.) Die unter Führung des Oberstleutnants Vyx hier weilende französische Offiziersabordnung verhandelt mit der ungarischen Regierung über die Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags. Die französische Abordnung hat, wie bereits gemeldet, den sofortigen Abbruch aller diplomatischen Beziehungen zu Deutschland gefordert. Die ungarische Regierung beabsichtigt, den hiesigen deutschen Generalkonsul, Grafen Fürstenberg, in der höflichsten Weise vom Geschehenen zu verständigen, die für Ungarn bindende Verpflichtung zu erfüllen und der deutschen Regierung mitzuteilen, daß sie das diplomatische Verhältnis fernerhin nicht aufrecht erhalten könne.

Eine Rede Churchills.

WTB. **Rotterdam**, 5. Dez. Churchill erklärte in einer Wahlversammlung in Dundee, man brauche nicht zu fürchten, daß Deutschland mit einer leichten Strafe davonkommen werde. Die Strafe werde alles Bisherige an Schrecklichkeit übertreffen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 5. Dezember.

An alle!

Arbeiter! Soldaten! Parteigenossen! Freunde! Klärt die Fronttruppen auf! Sprecht in Ruhe und Vernunft mit ihnen; gebt ihnen den „Volksfreund". Werft kein mit sozialdemokratischen Gedanken bedrucktes Blatt fort, sondern gebt es einem Frontsoldaten. Die Kameraden sind seit Wochen ohne Nachricht; man hat sie absichtlich über die Vorgänge in Deutschland im Unklaren gelassen. Monarchistische gegenrevolutionäre Offiziere verbreiten die tollsten Verleumdungen über die Arbeiter- und Soldatenräte und über die Zustände in Deutschland. Es droht unserem Volke und unserm Vaterlande große Gefahr. Wir müssen sie durch sachliche Aufklärung über die revolutionären Vorgänge verhindern.

Aus der letzten Vollversammlung der Handelskammer.

Die Kammer schloß sich den Beschlüssen der ersten Sitzung des Industrieausschusses an. Insbesondere tritt sie den von den Verbänden der Metallindustriellen einerseits und den Verbänden der Metallarbeiter andererseits aufgestellten und bereits veröffentlichten Richtlinien bei, die die Festlegung der Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche, eine Festsetzung der Lohnsätze, die Vermeidung von Entlassungen und die Einstellung der vom Heeresdienst Entlassenen usw. zum Gegenstand haben. Die Kammer empfiehlt allen Industriefirmen des Bezirks, den Richtlinien gemäß zu verfahren.

* **Eine Versammlung der Volkswehr** fand gestern mittag im großen Saale des „Kolosseums" statt. Der Zweck der Versammlung war, wie der Vorsitzende, Stadtrat Philipp, ausführte, die Volksmänner, die im Interesse der Allgemeinheit Dienst tun, über ihre Pflichten aufzuklären und sich im Anschluß hieran über die Wünsche und Beschwerden der Volkswehr auszusprechen. Ueber die Pflichten der Volkswehr sprach Kommandant Kopp, er gab eine Dienstanweisung, die alle die Richtlinien enthielt, die zur Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstes nötig sind bekannt. Die Dienstanweisung wurde nur in einem unwesentlichen Punkte beanstandet, im übrigen stimmte ihr die Versammlung zu. Im Anschluß hieran wandte sich Gen. Philipp in scharfer Weise gegen die Verleumdungen und Verdächtigungen, wie sie von gewissen Bürgerkreisen gegen die Volkswehr ausgesprengt werden. Vielen Herrschaften paßt eben die am 9. November vollzogene Umwandlung nicht, sie können es nicht fassen, daß nun eine andere Macht die Herrschaft übernommen; sie haben aber den Mut nicht, gegen die Regierung vorzugehen und deshalb fischen sie im Trüben, erst zogen sie über den Arbeiter- und Soldatenrat her und nun kommt die Volkswehr an die Reihe. Wie aber der Arbeiter- und Soldatenrat gezeigt hat, daß er für Ruhe und Ordnung sorgen kann, so wird auch die Volkswehr für Sicherheit und Ruhe sorgen. Man sollte meinen, daß jeder Bürger froh sein soll, daß eine solche Organisation vorhanden ist. Aber lieber bauscht man einzelne Vorkommnisse auf, um der verhaßten Volkswehr einen Strick zu drehen. Wohl sind einzelne Verstöße vorgekommen, aber die Betreffenden wurden nicht nur entlassen, sondern sehen auch ihrer gerichtlichen Bestrafung entgegen. (Zustimmung.) Wer keine saubere Weste hat, wird nicht eingestellt. Ein Mann, der früher den Unterschied zwischen mein und dein nicht kannte, kann nicht Mitglied der Volkswehr werden. (Beifall.) Es soll in der Volkswehr kein militärischer Drill herrschen, aber Ordnung. Mögen die Volkswehrmänner durch ihr Verhalten mit dazu beitragen, daß sie in der Stadt so geachtet und angesehen werden, daß die Stänker und Lärmmäuler von selbster verstummen müssen. (Lebh. Beifall.)

In der anschließenden Aussprache brachte ein Vertrauensmann im Namen sämtlicher Kollegen eine Anzahl Anfragen zum Vortrag, in denen verlangt wurde, daß bei der Einstellung vor allem Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden, daß weiter neben den Schuhsohlen noch ein Paar Stiefel geliefert würden, daß die Schwerarbeiterzulage zugebilligt und daß vom Stadtrat eine tägliche Zulage von 5 ℳ, rückwirkend auf 1 Dezember, gewährt werde. Für letztere Forderung wurde dem Stadtrat eine Frist von 48 Stunden gestellt. Die Leitung der Volkswehr, Stadtrat Philipp und Kommandant Kopp, sowie Stadtrat Fuhlmann, sagten Befürwortung der vorgetragenen Forderungen, die sie als berechtigt anerkannten, zu. Zum Schlusse wurde unter allseitiger Zustimmung auf die Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen. — Die Versammlung hat gezeigt, wie unberechtigt die Angriffe gewisser Leute gegen die Volkswehr sind. Die Volkswehr tut alles, um sich von unsauberen Elementen freizuhalten. Auch die Forderungen sind nur zu sehr berechtigt. In der jetzigen Jahreszeit genügt ein Paar Schuhe bei Tag- und Nacht-Wachtdienst nicht. Und ein Tagesverdienst von 10 ℳ ist für einen Mann mit Familie ungenügend. Die nörgelnden Spießer mögen bedenken, daß dies auch alles Leute sind, die draußen im Felde waren, die mit ihrem Leibe die Heimat geschützt haben, die in vier Jahren nicht nur ihre Gesundheit, sondern viele auch ihre Existenz, ihr Vermögen geopfert haben, während andere in der ruhigen Heimat saßen und verdienten. Es will das Geschimpfe gewisser Leute recht wenig übereinstimmen mit dem, was man sonst über die „tapferen Feldgrauen" zu hören bekommt. Oder ist die Dankbarkeit schon wieder vergessen?

Unbegreiflich. Das Großh. Palais (Herrenstraße) wird noch vollständig (Treppen, Gänge etc.) geheizt, obwohl nur noch eine kleine Anzahl Dienerschaft sich dort aufhält, die zum Teil Zimmer mit besonderen Oefen hat. Sollte man bei der Kohlennot nicht auch dort auf Einschränkung dringen und das Heizmaterial da verwenden, wo es viel nötiger ist? H. Sch.

Wir veröffentlichen diese Zuschrift in der Annahme, daß es zurzeit eine Stelle gibt, die der Schloßverwaltung sofort besonders „einheizt".

Nahrungsmittelkontrolle. Im Laufe des Monats November wurden 4972 Kannen Milch geprüft und dabei 75 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet: 10 Proben als gewässert, 1 als entrahmt und 1 als geringwertig. 3 hiesige Milchverkäuferinnen und 7 Landwirtsehefrauen wurden wegen Milchfälschung zur Anzeige gebracht.

* **Die Wahl zur gesetzgebenden Bad. Nationalversammlung** soll bekanntlich am 5. Januar 1919 stattfinden. Wählen kann nur derjenige, der in die Wählerliste eingetragen ist. Damit die Wählerliste aufgestellt werden kann, läßt das Bürgermeisteramt lt. Bekantmachung vom 2. Dezember durch die Schutzmannschaft an die Hausbesitzer Hauslisten verteilen, in die jeder Haushaltungsvorstand die zu seinem Haushalt gehörenden Wahlberechtigten nach der auf der Hausliste abgedruckten Anleitung einzutragen hat. Nur wenn jeder die Einträge sofort vornimmt (deutlich und möglichst mit Tinte schreiben!), und wenn der Hausbesitzer dafür sorgt, daß die Eintragungen von allen Haushaltungsvorständen seines Hauses unverzüglich vorgenommen und die Listen bis 7. Dezember bei der jeweils nächsten Polizeiwache abgegeben werden, ist es möglich, die Wählerliste rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Die Arbeit ist derart groß und die Frist zu ihrer Erledigung so kurz, daß alle Beteiligten nach Kräften mithelfen müssen.

Verwertung freigewordener Heeresgüter. Wie in der „Karlsruher Zeitung" halbamtlich mitgeteilt wird, beabsichtigt die Regierung, das freiwerdende Heeresgut auf den Einkauf südwestdeutscher Städte zu übertragen, der die Verteilung auf die Kommunalbezirke vorzunehmen hat; die Kommunalverbände besorgen die Unterverteilung, wobei sich die Heranziehung des Kleinhandels namentlich für Wäsche und dergleichen empfehlen wird. Gegenstände, die lediglich für einen landwirtschaftlichen Betrieb von Bedeutung sind, sollen im allgemeinen der durch die Landwirtschaftskammer und die landwirtschaftlichen Verbände gegründeten landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. überlassen werden. Ueber Maschinen und sonstige von Gewerbe und Handwerk benötigte Gegenstände wird das Ministerium für Uebergangswirtschaft und Wohnungswesen durch die bei dem Landesgewerbeamt errichtete besondere Abteilung für entbehrliches Heeresgut verfügen.

„Arbeitgeber und Wohnungsfürsorge" ist der Titel einer soeben vom Badischen Landeswohnungsverein herausgegebenen Schrift (Heft 5 der „Schriften zur Wohnungsfrage"), welche in eingehender Weise diese wichtigen Fragen behandelt. Es werden darin vor allem Vorschläge von Fabrikant Dr. Ettlinger und Landeswohnungsrat Dr. Kampffmeyer veröffentlicht über das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern mit gemeinnützigen Bauvereinigungen. Das Schriftchen ist bestens allen denen zu empfehlen, welche nach praktischen Möglichkeiten bei der Mitwirkung der Industrie zur Lösung der Wohnungsmißstände suchen. — Bebauungspläne für Kleinhaussiedlungen bespricht in ausführlicher Weise Oberbaurat Professor Stürzenacker in dem Heft 16 der Schriften des Badischen Landeswohnungsvereins (Braunsche Hofbuchdruckerei). Der Schrift sind ausgezeichnete Abbildungen beigegeben über Kleinhaus- und Kriegerheimstättensiedlungen, sowie Bebauungspläne von hervorragenden Architekten. Die zeitgemäße Schrift ist bestens zu empfehlen.

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

Wegen Aufnahme in den badischen Staatsverband wende man sich an das Parteisekretariat. Sprechstunden von halb 9 Uhr bis 1 Uhr und 3 Uhr bis halb 7 Uhr abends.

Das Büro befindet sich: Wilhelmstraße 47, 2. St. :: Telephon 2300.

Für **Mühlburg** erteilen die Genossen Flößer, Bachstraße 58 III., und Hilz, Bachstraße 69, Rat und Auskunft.

Für die **Weststadt** wird Genosse Wüstner, Yorkstraße 20 V., Anträge zur Erlangung des Staatsbürgerrechts erledigen.

An den genannten Stellen werden auch Aufnahmen für die sozialdemokratische Partei und Abonnements für den „Volksfreund" entgegengenommen.

Rüppurr. Am Samstag abend 8 Uhr findet im „Zähringer Löwen" eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins mit Vortrag statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig; deshalb werden unsere Mitglieder und Volksfreundleser ersucht, vollzählig zu erscheinen. Auch die aus dem Militärverhältnis zurückgekehrten Genossen sollten sofort wieder Anschluß suchen. Trotzdem in den letzten Wochen eine ganze Anzahl Arbeiter die Mitgliedschaft erworben und den „Volksfreund" bestellt haben, sind es immer noch sehr viele, die sich noch nicht entschließen konnten, aus den jetzigen Verhältnissen die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Vorstand wird stets bestrebt sein, die Versammlungen anregend zu gestalten. An den Mitgliedern liegt es, den Vorstand in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Bringt auch die Frauen und wahlberechtigten Söhne und Töchter mit.

Eine Weihnachtssammlung für unsere Soldaten. Wir möchten auch an dieser Stelle auf den Aufruf des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz für die Weihnachtssammlung hinweisen. In dankenswerter Weise hat der Landesverin unter den neuen Verhältnissen die Fortführung und Erweiterung seiner Aufgaben in die Wege geleitet. Im Benehmen mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten wurde die Art der diesjährigen Weihnachtsversorgung unserer Truppen geregelt und wir hoffen, daß der Aufruf des Landesvereins um Unterstützung seiner großen Aufgaben recht reichen Widerhall finden wird.

Zur letzten Volksvorstellung wird uns geschrieben: In der Bekanntmachung des Spielplans des Bad. Landestheaters zu Karlsruhe im „Volksfreund" Nr. 281, Samstag den 30. November, steht unter anderem zu lesen, daß für die Volksvorstellung am Mittwoch, 4 Dez.: „Der Waffenschmied" Karten zu Einheitspreisen 1. und 2. Rang sowie Parkett zu 1 Mk., 3. und 4. Rang zu 50 Pfg., vom Montag den 2. Dez., vormittags 10 Uhr, an der Theaterkasse zu haben seien. Meine Frau war bereits Montag früh ¼ nach 9 Uhr an der Theaterkasse, woselbst sich schon viele Kartenliebhaber eingefundn hatten, und wartete. Nach Verlauf von zirka 20 Minuten erschien ein Fräulein und gab bekannt, daß die Karten für 1 Mk. bereits alle vergeben wären und nur noch die niederen Plätze vorhanden sind. Das anwesende Publikum verließ enttäuscht unter wenig schmeichelhaften Ausdrücken den „Warteraum" des Kunsttempels. Ich erlaube mir nun die Frage: Wann und wo hat nun eigentlich der Vorverkauf begonnen?

Landestheater. In der am Freitag, 6. Dez., stattfindenden Erstaufführung des dreiaktigen Lustspiels „Die fünf Frankfurter" von Karl Rößler werden neben den Darstellern der Titelrollen den Herren Baumbach, Gast, Herz, Müller und Paschen, in Hauptrollen mitwirken die Damen Frauendorfer, Holm, Linke, Rodeman, Persing, Genter und Allegri, sowie die Herren Benedikt, Dapper, Essek, Gemmecke, Höcker, Hugelmann und Max Schneider. Die Spielleitung hat Herr Kienscherf, die Vorstellung beginnt um 7 Uhr.

Aus aller Welt.

Auch eine Räumung Belgiens. Wie der A.- u. S.-Rat in Weimar bekannt gibt, ist am letzten Freitag durch die Militärpolizei der Rest eines als Möbel deklarierten Waggons in einer Weimarer Spedition beschlagnahmt worden. Es handelt sich um 26 Kisten verschiedenen Inhalts: Kognak, Likör, Zahnpasten, Strohsohlen, Bleistifte, Taschenspiegel, Briefpapier, Uhrarmbänder, Gänseleberpasteten, Blutwurstkonserven, zwei Kübel Kautabak und dergleichen mehr. (Anscheinend Liebesgaben oder Kantinenwaren für unsere Feldgrauen.) Aus den Papieren geht hervor, daß der Waggon schon vor einem Monat von Brüssel nach Weimar an die Adresse des Majors v. B. verschoben wurde und daß inzwischen verschiedene Posten im Werte von zirka 100 000 ℳ nach Krefeld, Hamburg, Charlotenburg und Frankfurt abgeschickt sind. Aus der Wohnung des Majors wurden diverse Schinken und eine Speckseite herausgeholt. Alle Waren sind dem Kommunalverband zur Verteilung überwiesen. Die weitere Untersuchung wird diese „harmlose" Räumung Belgiens klären.

Hamsternde Offiziere. Bei einer vom Sicherungsausschuß des Soldatenrats Friedrichsort vorgenommenen Haussuchung, die sich vorläufig auf sieben Offizierwohnungen erstreckte, wurden folgende Lebens- und Genußmittel zutage gefördert: 20 000 Flaschen Wein, 300 Flaschen Rum, 300 Flaschen Likör und andere Schnäpse, 700 Flaschen Portwein, 35 000 Stück Zigarren, 40 000 Stück Zigaretten, 600 Pfund Marmelade in Fässern, 1500 Dosen Konserven, 60 Dosen Milch (kond.), zu je 2 Pfund, zwölf Zentner Seifenpulver.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel**; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton **Hermann Winter**; für den Anzeigenteil **Gustav Krüger**, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Vasfallia.) Heute abend präzis ½9 Uhr im „Auerhahn" Singstunde. Die Herren Sänger werden ersucht, alle zu erscheinen. 6019 Der Vorstand.

Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Morgen Freitag abend Punkt 8 Uhr Singstunde im Lokal zum „Lamm". Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. 6024 Der Vorstand.

Muß ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein?

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Sozialdemokratie dazu berufen, den Neuaufbau des Deutschen Reiches auf freiheitlicher, sozialistischer Grundlage zu vollziehen. Bei dieser Arbeit muß die Sozialdemokratie sich auf weite Kreise der Bevölkerung stützen können. Deshalb ist es notwendig, daß alle diejenigen, die mit der Sozialdemokratie sympathisieren oder innerlich schon längst zu ihr gehören, der Organisation der Sozialdemokratischen Partei sich als Mitglied anschließen.

Aufnahmen werden in der Redaktion und Expedition des „Volksfreund", bei den Vertrauensleuten der Partei, sowie in der Geschäftsstelle der Sozialdem. Partei, Gen. A. Abele, Wilhelmstr. 47, Telephon 2300, jederzeit entgegengenommen.

Gleichzeitig werden die von der Front zurückkehrenden Parteigenossen um ihre baldige Anmeldung bei der Parteiorganisation gebeten.

Fango-Kuranstalt **Friedrichsbad.** 4424

Lokale Fango-Applikationen gegen Rheumatismus, Gicht, Neuralgie, Ischias, besonders wirksam zur Resorption aller Exsudate, namentlich bei chronischen Frauenkrankheiten.

Bekanntmachung.

Die etatmäßige Stelle eines juristischen Hilfsarbeiters (Stadtrechtsrats) bei der hiesigen Stadtverwaltung ist alsbald wieder zu besetzen.

Bewerber, die die Befähigung zum Richteramt besitzen müssen, werden ersucht, unter Angabe der persönlichen Verhältnisse und Gehaltsansprüche sich bis zum 21. ds. Mts. schriftlich bei uns zu melden

Karlsruhe, den 4. Dezember 1918. 6020

Der Stadtrat.

Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegerwitwe eine

Kapitalabfindung

an Stelle von Kriegsversorgung?

(Mit amtlicher Genehmigung.)

Zweite erweitete Auflage

Preis 70 Pfg., nach auswärts 15 Pfg. Porto.

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24

Telephon 128.

2 Tagesschuhkurse

beginnen am **Montag, den 9. Dezember, von 8—12 und 2—6 Uhr.** Anmeldung vorher erbeten.

Für Straßenschuhe sind rechte und linke Leisten eingetroffen. Dazu passende Sohlen, Gelenke, Kappen, Absätze, Oesen und Schuhschnitte.

Täfse sind im Preise gesunken.

Starke **Arbeiterschuhe** für Minderbemittelte bis Größe 47 für 9.80 Mark.

Schuhmacher können gegen gute Bezahlung eintreten.

Schuhflickerei Badischer Frauenverein

Waldstraße 13. 6021

Ein Paar **Fußballstiefel,** fast neu, preiswert zu verkaufen. 5969

Goethestraße 9, 1. St.

Blusen, Kostüm-Röcke Pelze und Damenhüte

Nur neue moderne Sachen,

Evertz & Co., Hirschstr. 39 1 Treppe. 6014

Nerzmuff

gut erhalten

1 Bibermütze

2 blaue Tuchmützen

2 Filzhüte für Knaben

sehr gut erhalten, preiswert abzugeben. 6008

Kriegstr. 96, 4. St. rechts.

Wohnung

von 2 Zimmern und Küche im Vorderhaus auf sofort od. später zu vermieten bei **Th. Gramlich** Durlacherstraße 59. 6016

Karlsruhe – Eintrachtsaal.
Sonntag, den 8. Dezember
nachmittags 1/2 5 Uhr.

Märchenabend
(Andersen)
Melanie Ermarth

Karten zu Mk. 3.—. 2.—. 1.50, 1.— u. 50 Pfg. in der 6004
Musikalienhandlung **Fritz Müller,** Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse, Telephon 388.

Buchenholz

gesägt und gespalten per Zentner Mk. 4.50
Aufeuerholz, per Zentner . . Mk. 5.—
Abfallholz, per Zentner . . . Mk. 4.—

Ab Stadtlager, Rüppurrerstraße 8 und Sägerei, Schlachthausstraße 5. 6011

Ferner von 5 Zentner aufwärts, jedes Quantum frei Haus, bei entsprechendem Fuhr- und Trägerlohn Zuschlag.

Carl Finkelstein
Holz- und Kohlenhandlung, Bündelholzfabrik.
Büro: Rüppurrerstraße 8. Telephon 5113.
Sägerei und Spalterei:
Schlachthausstraße 5. Telephon 2829.

Pelz-Waren
in grosser Auswahl.
Besonders **Alaska-Fuchs**
sowie alle andern Pelz-Arten
empfiehlt wirklich preiswert.
32 Nur Zirkel 32
1 Treppe hoch. W. Lehmann. 5099
Sonntags von 11—6 Uhr geöffnet.

≡ Tabak. ≡ 5959
Die beste Vorschrift zum Anbau, zur Behandlung u. Selbstherstellung des echten Rauchtabaks für 1 ℳ durch **H. E. Bartak, Weilheim** (Oberbay.), Postscheckkonto München Nr. 11837.

Gelder auf I. u. II. Hypotheken, auch aufs Land, auszuleihen
August Schmitt, Bankkommissions- und Hypothekengeschäft
Karlsruhe, Hirschstraße 43, Telephon 2117. 6015

Ein gebrauchtes **Bett** billig zu verkaufen. 6017
Luisenstr. 35, 3. Stock r.

Taschenuhren,
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in
5942 **Weintraubs**
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Für den Betrieb des Murgwerks werden ein
Schaltwärter
und mehrere
Streckenwärter
gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe des frühesten Eintrittstermin an 6007
Oberdirektion des Wasser- u. Straßenbaues Karlsruhe.

Gänselebern werden fortwährend angekauft. **Kreuzstraße 20,** früher Adlerstraße 28. **K. Möser.**

Vorbereitung zu Prüfungen und Nachhilfestunden in Mathematik, Physik, Chemie und anderen naturwissenschaftlichen Fächern erteilt erfahrener Student. Gefl. Zuschriften unter Nr. 5970 an die Geschäftsstelle des Volksfreund erbeten.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrensausen, nervösen Ohrsausen
über unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschützt. **Hörtrommeln.** Bequem u. unsichtbar zu tragen. Aerztl. empfohl. Glänz. Anerkennungen.

nat. Größe
Sanis Versand München. 26 b.

Sie sparen Geld, wenn Sie
Pelze, Muffe
Plüsch-Garnituren
in 5941
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
kaufen. Keine Ladenspesen.
Sonntags von 11-6 Uhr offen.

Schneider und Schneiderinnen,
für Zivil- und Lieferungsarbeit, sucht
Hans Leyendecker
Kaiserstraße 177.

Aufruf!

Unsere im September begonnene Sammlung von Liebesgaben für unsere tapferen Truppen wird weitergeführt. Im Einverständnis mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten ist beschlossen worden, die Verteilung auf Weihnachten derart vorzunehmen, daß die entlassenen Angehörigen des Korpsbereichs XIV. A.-K. diese beim zuständigen Bezirks-(Orts-)Ausschuß vom Roten Kreuz, die unter der Waffe stehenden Truppen dagegen durch Vermittlung ihrer Truppenteile erhalten.

Einem Wunsche des Ministeriums für militärische Angelegenheiten entsprechend, werden auch die in der neutralen Zone befindlichen Sicherheitstruppen Weihnachtsgaben erhalten.

Damit wir allen diesen Anforderungen in reichem Maße gerecht werden können, bitten wir, uns mit Gaben und Geldmitteln tatkräftig unterstützen zu wollen, um unseren hochverdienten badischen Truppen ein frohes Weihnachtsfest bereiten zu können.

Gaben nimmt der Landesverein (Postscheckkonto 5856) und seine sämtlichen Sammelstellen entgegen. 6012

Das Ministerium für militär. Angelegenheiten. Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.
J. V.: Depotabteilung.
Weser — Hummel — Dr. Stroebe, Vorsitzender.
V. d. S. R. — V. d. Minister. f. milit. Angelegenh.

Pfannkuch & Co
Neues
Sauerkraut
Pfund **33** Pfg.
bei 10 Pfund **32** Pfg.
eingemachte
rote Rüben
(rote Beete)
Pfund **50** Pfg.
Ferner frisch eingetroffen:
Zwei Waggon frische
rote Rüben
(rote Beete)
Salzgurken
Essiggurken
empfehlen 6005
Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Gänselebern werden fortwährend angekauft. **G. Meeß,** geb. Stürmer **Erbprinzenstr. 21,** 2. St.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Fleisch und Wurst für das städtische Krankenhaus soll für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 vergeben werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis längstens 6018
Donnerstag, 12. Dezember ds. Js., vormittags 9 Uhr,
bei der unterzeichneten Verwaltung, Moltkestraße 6, woselbst die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können, einzureichen.
Verwaltung des Städt. Krankenhauses.

Liebesgabe für die heimgekehrten Krieger.

Namens der Stadt Karlsruhe, welcher der Bad. Landesverein vom Roten Kreuz hierzu Gaben von bedeutendem Werte beigesteuert hat, soll den aus dem Felde zurückkehrenden, in **Karlsruhe wohnhaften und nach Karlsruhe entlassenen** Kriegern eine **Liebesgabe** überreicht werden.

Die Gabe kann **täglich von 10 Uhr vor- bis 2 Uhr nachmittags im Zeichensaal der Hebel-Schule** — Kreuzstraße 15, 2. Stock — **gegen Vorweisung** des vom Truppenteil ausgestellten **Entlassungsscheines** nach Karlsruhe in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 4. Dezember 1918. 6014
Der Stadtrat.

Möbel u. Linoleum
beschlagnahmefrei!
Wegen Räumung sind Betten, Schränke, Vertikos, Nachttische, Spiegel und sonstiges Kleinmöbel zu verkaufen. 5865
Wilhelm Seiter, Sofienstr. 93.

Handelskurse für Kaufleute.

Die **städtische Handelsschule,** Zirkel 22, veranstaltet
Fortbildungskurse
für heimgekehrte Krieger. Kursbeginn 9. Dezember. Dauer der Kurse 4 Wochen. Unterrichtsfächer: Buchführung, kaufm. Rechnen, Handelskunde, Wechsel- und Scheckkehre, Post- und Eisenbahnverkehr, Briefwechsel, Stenographie, Maschinenschreiben, Fremdsprachen. Die Gebühr für sämtliche Fächer beträgt 10 ℳ für die ganze Kursdauer. Unbemittelten kann der Beitrag auf Ansuchen teilweise erlassen werden.

Anmeldungen werden in der Kanzlei, Zirkel 22, in den üblichen Geschäftsstunden, außerdem am Freitag, den 6. d. M., zwischen 6 und 1/2 8 Uhr abends entgegengenommen. 5998
Das Rektorat.

Bekanntmachung.

Nach der Verordnung vom 12. 11. 1918 sind alle Waffen und Munition, die aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt sind, beim Bezirksamt abzuliefern. Bis jetzt wurde aber nur eine ganz geringe Anzahl abgeliefert, so daß angenommen werden muß, daß sich noch große Mengen Waffen und Munition in den Händen der Zivilbevölkerung befinden.

Nach der Verordnung vom 16. 11. 1918 ist ferner der Verkauf von Gegenständen, die im Eigentum der Heeresverwaltung stehen (Pferde, Wagen, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Lebensmittel) nur durch die Militärbehörde zulässig. Jeder anderweitige An- und Verkauf ist verboten und rechtsungültig.

Es ist bekannt, daß sich in den Händen der Zivilbevölkerung noch große Bestände der genannten Art befinden.

Wir fordern daher, unter Hinweis auf die Strafbestimmungen, hiermit nochmals auf, unverzüglich alle Gegenstände, die Militärgut sind, abzuliefern.

Die Ablieferung hat in Karlsruhe zu erfolgen bei der dem Garnisonkommando unterstellten „Abt. für Bergung und Bewachung von Staatsgut", Beiertheimer Allee 10, Ecke Gartenstraße, täglich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags mit Ausnahme von Sonntagen.

Demjenigen, der das in seinem Besitz befindliche Heeresgut daselbst freiwillig abliefert, wird Straffreiheit zugesichert. Sonst wird gegen Besitzer von Heeresgut mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1918. 5961
Garnisonkommando.

Bad. Landestheater zu Karlsruhe.
Donnerstag, den 5. Dezember 1918. 6022
Donnerstagsmiete Nr. 13.
Die Zauberflöte.
Grosse Oper in 2 Akten von Emanuel Schikaneder.
Musik von W. A. Mozart.
Anfang: 1/2 7 Uhr. Ende: 1/2 10 Uhr.

Militär-Akten
unter Garantie des Einstampfens
Alteisen, Lumpen, Papier, Metalle
aller Art, kauft ständig zu Tagespreisen 6009
M. Kleinberger
Telephon 835. **Schwanenstr 11.**

Mache meine werte Kundschaft darauf aufmerksam, daß es an folgenden Tagen
Fleisch 6010
gibt: **Dienstag, Donnerstag und Samstag.**
Pferdemetzgerei Mangold, Rheinstr. 46.

Vom Heeresdienst zurück, habe ich meine
Blechnerei
heute wieder eröffnet und empfehle mich in allen in mein Fach einschlagenden Arbeiten. 6023
Albert Renftle, Blechnermeister
Telephon 3303. **Adlerstraße 28.**